

Termine Themen Texte



Heft 35 – September 2006



Herausgegeben von der
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.

TTT September 2006

Gemeinsam für den ländlichen Raum (v. l.): Minister Dr. Christian v. Boetticher, Bischof Dr. Hans Christian Knuth, Prof. Dr. Reimer Bull und Rüdiger v. Plüskow auf der Abschlussveranstaltung „Die Zukunft der ländlichen Räume – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“ am 31.08.2006 in Breklum.

Impressum

Herausgeberin:

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Horst Müller (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:

Carlstraße 169, 24537 Neumünster
Telefon: 04321 - 9071 50, Fax: 043 21 - 907154
E-Mail: info@alr-sh.de
Internet: www.alr-sh.de

Redaktion: Andrea Weigert, Torsten Sommer

Fotos des Titelblattes: Henner Heinrichs

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Staatssekretär a.D. Rüdiger v. Plüskow (Vorsitzender)
Helga Klindt, Präsidentin des LandFrauenVerbands
Schleswig-Holstein e.V. (stellvertretende Vorsitzende)
Jörg Bülow, Geschäftsführer des S.-H. Gemeindetages
Jürgen Feddersen, MdL
Propst i.R. Manfred Kamper
Landrat Dr. Jörn Klimant
Bürgermeister a.D. Horst Müller (geschäftsf. Vorstandsmitglied)



EDITORIAL

Liebe Mitglieder unserer Akademie, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Jahrhundertsummer ist vorbei. Der Herbst wird politisch hektisch. Grundlegende Entscheidungen, die den ländlichen Raum und seine Bewohner unmittelbar betreffen, stehen an: Verwaltungsstrukturreform und kommunaler Finanzausgleich, Schulreform und das Zukunftsprogramm ländlicher Raum für die Förderperiode 2007-2013. Die Interessenvertreter des ländlichen Raumes – natürlich auch die Akademie – werden sich in die anstehenden schwierigen Diskussionen mit großem Nachdruck einbringen.

Da ist es gut, dass die Initiative der Akademie zur Bildung einer „Koalition für die ländliche Räume“ ein voller Erfolg geworden ist. In einer fünfteiligen Veranstaltungsreihe, ergänzt durch schriftliche Appelle, haben bedeutende Persönlichkeiten die Unterstützung dieser Koalition zugesagt. Dazu gehören unser Ministerpräsident Peter Harry Carstensen – der auch Schirmherr der Veranstaltung war – und die wichtigsten Regierungsmitglieder sowie Institutionen und Verbände.

Besonders wertvoll ist dabei das uneingeschränkte Engagement der Nordelbischen Kirche. Ihr Vorsitzender Bischof Knuth hat versprochen, dass

Nordelbien trotz aller finanzieller Probleme die „Kirche im Dorf“ lassen wird. Diese Zusage ist ein beispielhaftes Signal. Es würde verstärkt, wenn der Bischofssitz in Schleswig erhalten bliebe.

Die Koalition für die ländlichen Räume ist also auf gutem Wege. Sie ist notwendig. Denn die Weichen für die Regionalentwicklung unseres Landes werden jetzt gestellt und die eingeschlagene Richtung besorgniserregend:

- Weil die peripheren Regionen durch den demografischen Wandel, die dramatischen Haushaltsprobleme und die zunehmende Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit der Arbeitsplätze in die städtischen Ballungsräume besonders betroffen sind.

- Weil eine breite Öffentlichkeit, vor allem die Wirtschaft – aber auch weite Teile der Politik – diese Entwicklung als nicht änderbar, fast naturgegeben hinzunehmen scheinen. Die Diskussion über die neue Regionalpolitik und die erneute Kürzung der Agrarstrukturmittel für 2007 durch die EU-Finanzminister ist ein Alarmsignal.

TTT September 2006

– Weil sich aus dieser Entwicklung – zumindest dieser Tendenz – die berechtigten Besorgnisse ergibt, dass diesen Regionen eine humane, wirtschaftliche und kulturelle Verödung droht, wie sie in Teilen Ostdeutschlands zu beobachten ist.

Diesem gefährlichen Trend wollen die ALR und das Christian-Jensen-Kolleg entgegenwirken. Das geht nur, indem bei jedem Mann das Bewusstsein und die Überzeugung von der essentiellen Bedeutung des ländlichen Raumes gerade für unser Land geweckt und gestärkt wird. Da gibt es erhebliche Defizite. Denn das flache Land ist eben keine grüne Museumslandschaft, in der die Städte sich erholen und kostengünstig wohnen.

Diese Regionen müssen vielmehr aus eigener Kraft ein lebendiger Wirtschaftsraum sein und bleiben. Dazu braucht es zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die Koalition für den ländlichen Raum kann aber dann wirkungsvoll sein, wenn sie über die Zusagen hinaus konkrete Ergebnisse bringt. Diese könnten erreicht werden, wenn aus dem großen Kreis der Unterstützer aus unabhängigen Persönlichkeiten ein Forum gebildet würde, das die Landesregierung bei der Erarbeitung des überfälligen Gesamtkonzepts für die Entwicklung der ländlichen Räume begleitet. Dabei

muss es um alle Lebensbereiche der ländlichen Regionen gehen. Ein Bündel von Einzelmaßnahmen kann nicht ausreichen. Grundlage kann die von der Akademie entwickelte Positionsbekanntmachung durch die „Brekklumer Erklärung“ sein, welche auf dem Grundsatzauftrag zur Schaffung gleichwertiger – nicht gleicher – Lebensverhältnisse in Deutschland aufbaut. Dabei kann es nicht allein um Geld gehen. Wichtiger sind vielmehr die Bürger sowie überzeugende Ziele und Wege zur Verwirklichung dieser gleichwertigen Lebensqualität.

Dieses Forum darf aber kein Debattierclub sein, denn debattiert wurde genug. Ein solches Konzept wäre für die Bürger und Institutionen umso überzeugender und akzeptabler, desto intensiver sie an der Ausgestaltung ernsthaft beteiligt würden. So könnte das wichtigste Entwicklungspotential aktiviert und gestärkt werden, nämlich das Engagement und die Eigenverantwortung der Menschen für ihre Region. Ohne diese Motivation wird alle staatliche Hilfe – so unverzichtbar sie ist – ohne nachhaltigen Erfolg bleiben. Die Akademie ist bereit, eine tragende Rolle bei der Erarbeitung dieses Konzepts zu übernehmen.

*Rüdiger von Plüskow
Vorsitzender der ALR*

In diesem Heft:

Editorial 3

Termine 6

Themen

Verwaltungsstrukturreform und Gebietsreform – Ein Vergleich mit Dänemark 8
Aus dem MarktTreff-Projekt:

MarktTreff geht voran – neue Partner, neue Standorte 11

Leerstand von Gebäuden in Dörfern – Beginn der Dorfauflösung
oder Chancen durch Umnutzung? 13

Aus der Arbeit der Akademie

Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein“

Was wir brauchen: Infrastruktur 17

Koalition für die ländlichen Räume auf einem guten Weg 19

Natura 2000 zum Mitmachen – der schleswig-holsteinische Weg
zur praktischen Umsetzung 24

Der schleswig-holsteinische Weg zur Umsetzung der
EU-Wasserrahmenrichtlinie 30

EUROPE DIRECT

EU-Geburtstag: Ihre Ideen sind gefragt 34

Interkultureller Dialog 2008 34

Jugendnetzwerk – Zehn Jahre EURODESK in Deutschland 34

e-Learning: Europäische Online-Akademie 35

2007 – Europäisches Jahr der Chancengleichheit 35

Europa vor Ort – Warum Kommunen für Europa wichtig sind 36

Europa den Menschen erklären 42

Literaturtipps 45

Texte

Die Zukunft der ländlichen Räume aus der Sicht der Landesregierung –
Rede des Ministers Dr. Christian von Boetticher 49

Adressenverzeichnis der Veranstalter 56

TTT September 2006



TERMINE

Wir bitten unsere Vereinsmitglieder um die Mitteilung ihrer Veranstaltungstermine, die die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins betreffen. Für nähere Informationen bzw. Anmeldungen wenden Sie sich bitte direkt an die Veranstalter. Die Adressen finden Sie am Ende dieses Heftes (s. Seite 56).

September 2006

Seminar
23.09.2006

**Auf Entdeckungsreise im Dänischen Wohld
Was passiert in Wald und Moor?**

Das Verhalten von Eichhörnchen und Bäumen erkunden.
Veranstalter: Natur- und Landschaftsführerinnen
Schleswig-Holstein e.V., Eckernförde

Oktober 2006

Veranstaltung
04.10.2006

**Was bleibt vom christlichen Abendland?
Europa und die islamische Herausforderung**

Veranstalter: Hermann Ehlers Akademie, Kiel

Seminar
06.10.2006

**Naturerlebnisse in Angeln
Ekenisser Naturdetektive**

Den Naturerlebnisraum in Ekenis erforschen.
Veranstalter: Natur- und Landschaftsführerinnen
Schleswig-Holstein e.V., Eckernförde

Seminar
12.10.2006

Gemeindeseminar

Verwaltungsstrukturreform – Stand der Entwicklung
Veranstalter: Nordsee Akademie, Leck

Veranstaltung
12.10.2006

**Nicht-Verbreitung von Atomwaffen und
internationale Ordnung**

Veranstalter: Hermann Ehlers Akademie im Zusammen-
wirken mit der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft

Seminar
16.-20.10.2006

Nur der Wandel ist beständig
Nordfriesland: Nationalpark – Wirtschaft – Kultur
Veranstalter: Nordsee Akademie, Leck

Seminar
29.10.2006
Auf Entdeckungsreise im Dänischen Wohld
Moorgeheimisse im Dänischen Wohld
Ein Naturerlebnis für Alt und Jung im Stadthagener Forst und im Kaltenhofer Moor in der Nähe der Ortschaft Felm.
Veranstalter: Natur- und Landschaftsführerinnen Schleswig-Holstein e.V., Eckernförde

November 2006

Seminar
05.-09.11.2006
Die deutsch-dänische Grenzregion
Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Mehrheitenproblematik. Seminar in Kooperation mit dem Deutschland- und Europapolitischen Bildungswerk Nordrhein-Westfalen.
Veranstalter: Nordsee Akademie, Leck

Dezember 2006

Seminar
10.12.2006
Auf Entdeckungsreise im Dänischen Wohld
Was passiert in Wald und Moor?
Wenn am Ende des Jahres alles ruht (?), suchen wir Fraßspuren und andere Schätze, mit denen wir zu Hause alles weihnachtlich schmücken.
Veranstalter: Natur- und Landschaftsführerinnen Schleswig-Holstein e.V., Eckernförde

Seminar
14.12.2006
Gemeindeforum
Gewerfreundliche Gemeinden
Förderung und Unterstützung von Gewerbebetrieben
Veranstalter: Nordsee Akademie, Leck

TTT September 2006



THEMEN

An dieser Stelle sollen regelmäßig Nachrichten veröffentlicht werden, die die ländlichen Räume betreffen. Wir bitten unsere Mitglieder der Akademie und alle interessierten Leser uns dafür geeignete Beiträge und Hinweise zukommen zu lassen.

Verwaltungsstrukturreform und Gebietsreform – Ein Vergleich mit Dänemark

Der wissenschaftliche Beirat der Akademie für ländliche Räume fasste sich erstmalig in einer Sitzung am 06.09.05 mit der anstehenden Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein. Die z. T. doch kontroverse Debatte in unserem Land veranlasste den Beirat, Kontakt mit einer dänischen Kommune aufzunehmen, um die dortigen kommunalen Strukturen direkt vor Ort besser kennen zu lernen. Mit Mitgliedern aus den Arbeitskreisen und dem Vorsitzenden der Akademie traf sich der Wissenschaftliche Beirat am 26. Juni 2006 mit dänischen Vertretern der Gemeinde Lundtoft bei Apenrade und Vertretern der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

Bereits im Jahre 1970 gab es eine Kommunalreform, die bereits Einheiten schuf, die erst jetzt bei uns geplant werden. Die Kommune Lundtoft hat z. B. 6.200 Einwohner und gehört damit zu den kleineren Kommunen. Im Schwerpunkt liegt die

bleiben.

Die Kommune Lundtoft wird sich im Jahre 2007 mit Rodekro, Bau, Tingleff und Apenrade zur Aabenraa Kommune mit 60.000 Einwohnern zusammenschließen. Weiter werden

sich Gravenstein, Broacker, Sonderburg, Sundewitt, Südsalsen, Augstenburg und Norburg zu einer Gemeinde mit 75.000 Einwohnern und im Westen Tondern, Hoyer, Lügumkloster, Bredebro, Scherrebek und Nordrangstrup mit 43.000 Einwohnern zur einer Gemeinde vereinigen. Die ursprüngliche Vorstellung war, Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern, besser mit 30.000 Einwohnern zu bilden. Man sieht, dass durch Eigeninitiative der Kommunalpolitik, dieses zentrale Ziel weit übertroffen wird. Weil die Ämter entfallen, gibt es in Zukunft nur noch fünf Regionen. Sitz der Region Süddänemark wird Vejle sein. Zu dieser Region Süd-Dänemark gehören ab 2007 die alten Ämter Sønderjylland, Ribe, Vejle und Fünen. Die Regionen sind jedoch keine Aufsichtsbehörde, sondern sie bekommen neben den Kommunen ihre spezifischen Aufgabenbereiche zugewiesen, z. B. für das Krankenhauswesen, regionale Entwicklungspläne und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein.

Die Kommunen haben bereits bisher weitaus größere Kompetenzen gehabt, als im Vergleich deutsche Kommunen haben. Das Schulwesen z. B. liegt bis zum 9. Schuljahr ausschließlich bei den Kommunen. Die Steuerhoheit der Kommunen, was Hebesätze anbelangt, wird erweitert,

so dass am Ende der Staat nur noch den Rahmen setzt und als Kontrollinstanz fungiert. Das bedeutet, die Kommunen werden umfassend für die Daseinsfürsorge der Bürger zuständig sein. Weil sie im hohen Umfang im zentral vorgegebenen Rahmen die Steuerhoheit besitzen, wird der Wettbewerb zwischen den Kommunen größer. Das könnte bedeuten, dass die Kommunen z.B. im Verwaltungsbereich stark rationalisieren, um Kosten zu sparen, aber um gleichzeitig mehr Finanzmasse für ihre originären Aufgaben verfügbar zu haben oder aber ihre Bürger mit geringeren Steuern zu belasten.

Am Ende wird es so aussehen, dass die Kommunen mit Ausnahme z.B. der Krankenhausverwaltung sämtliche Aufgaben für die Menschen vorwiegend im ländlichen Raum übernehmen. Den Vorteil für die Bürger sieht man darin, dass sie sich nur an eine Stelle wenden müssen, auch wenn diese in Zukunft weiter entfernt liegt. Eine Gefahr, die durch die Verkleinerung der demokratischen Basis entstehen wird, sieht man offenbar nicht. In allen bisherigen Kommunen wird es Bürgerbüros geben und darüber hinaus setzt man auf zunehmende e-Government-Formen. In der Landwirtschaft geschieht das bereits im hohen Umfang. Weil viele bisher selbständige Kommunen entfallen,

TTT September 2006

sollen den Bürgern Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Budgetierung der kommunalen Aufgaben angeboten werden. Die Form ist noch unklar, jedoch soll z. B. die Förderung des ländlichen Raumes weiterhin durch einen ständigen Ausschuss der Kommune erfolgen, der eng mit den Einwohnern zusammenarbeiten soll.

Ein weiterer Gesprächsgegenstand war die Frage nach der deutschen Volksgruppe, die schwerpunktmäßig im südlichen Teil des bisherigen Amtes Sønderjyllands angesiedelt ist. Sie stellen dort etwa 25 % der Einwohner, überwiegend im ländlichen Bereich. Diese deutsche Minderheit macht sich natürlich Sorgen, wie ihre Interessen in einem weit größeren Bereich noch gewahrt werden können. Wo die Größenordnung von 25 % erreicht wird, hat die Minderheit bisher auch eine politische Vertretung in den Gemeinderäten mit Rederecht, jedoch nicht mit Stimmrecht. Die Minderheit fühlt sich deswegen bislang gut vertreten. Der Bund der Nordschleswiger unterhält Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen und soziale Einrichtungen, die finanzielle Unterstützung durch Kopenhagen und Berlin bekommen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der kommunalen Finanzen sollen diese aber in Zukunft effektiver werden. Zugespitzt ist den Nordschleswigern aber,

dass keine Verschlechterung ihrer Situation eintreten soll, denn von der Verwaltungs- und Gebietsreform erhofft man sich auch deutliche Einsparungen.

In Schleswig-Holstein wird diese Reform teils mit sehr kritischem Blick verfolgt. Wir tun uns bereits mit der Mindestzahl von 8.000 Einwohnern für eine Verwaltung schwer, weil man einen Verlust von Bürgernähe befürchtet. Schwere wiegt aber wohl der Vorwurf, dass die vom Land vorgegebenen Mindesteinwohnerzahl von 8.000 Einwohnern an den Anfang der Diskussion gestellt wurde, jedoch die Frage, welche Aufgaben das Land dann in Zukunft auf die Gemeinde und Kreis abwälzen möchte, bisher unbeantwortet blieb. Nur wenn man weiß, welche Aufgaben zu übernehmen sind, versachlicht sich auch die Diskussion um die Größenordnung einer Kommune. Das ist offenbar in Dänemark so geschehen, denn der zu erwartende Druck der Aufgaben ließ die Kommunen handeln.

So wird es diesseits und jenseits der Grenze trotz vieler Vergleichbarkeiten dennoch sehr unterschiedliche kommunale Strukturen geben. Das hat auch damit zu tun, dass Dänemark anders als Deutschland ein Zentralstaat ist. Die Legislative liegt allein im Folketing in Kopenhagen und nicht wie in Deutschland auf

TTT September 2006

Bund und Länder verteilt. Dafür aber haben die Kommunen schon bisher und noch mehr in Zukunft eine erheblich größere Kompetenz und Selbständigkeit, allerdings ohne Legislativgewalt. Der eingeleitete

grenzüberschreitende Kontakt soll fortgesetzt werden.

*Prof. Hans-Heinrich Kohnke,
Vorsitzender des Wissenschaftlichen
Beirates der ALR.*

MarktTreff geht voran – neue Partner, neue Standorte

K i e l MT 28.08.06 – Bereits 21 MarktTreffs gibt es in Schleswig-Holstein, die Planungen an neuen Standorten im ganzen Land laufen auf Hochtouren. Neuer Schub kommt auch von Seiten der Partner: Das Diakonische Werk Schles-

wig-Holstein und die IHK Schleswig-Holstein werden künftig das Projekt MarktTreff unterstützen. Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, zeigt sich darüber begeistert: „Mit dem Modell MarktTreff sind wir bundesweit führend. Ich freue mich sehr, dass die IHK Schleswig-Holstein und das Diakonische Werk Schleswig-Holstein jetzt mit an Bord sind.“



Foto: Unterzeichneten die Partnervereinbarungen für das Projekt MarktTreff (von links nach rechts): Dr. Jörn Biel, Hauptgeschäftsführer der IHK Schleswig-Holstein, Landespastorin Petra Thobaben und Minister Dr. Christian von Boetticher

Der Minister unterstreicht die besondere Funktion von MarktTreffs für die Lebensqualität in ländlichen Gemeinden: „Lebensmittel, verschiedene Dienstleistungen, Treffpunkt – das alles unter einem Dach zeichnet diese Idee aus. Und die Partner stärken und vermitteln dieses Angebot. Dafür bin ich allen Akteuren sehr dankbar.“

Ein aktueller Blick auf die geplanten MarktTreffs zeigt, wie Gemeinden zu ihren jeweils maßgeschneiderten Konzepten kommen.

TTT September 2006

In **Heidgraben** (Kreis Pinneberg) hat man Großes vor, und alles läuft nach Plan. Ein neues Baugebiet soll die Gemeinde auf 2.000 Einwohner anwachsen lassen. Dieses Vorhaben will die Gemeinde mit dem schon lange bestehenden Wunsch nach einem örtlichen Nahversorgungsladen kombinieren. Ein Architektur-Ideenwettbewerb ist durchgeführt und wird – nach den politischen Gremien – den Einwohnern in einer Versammlung präsentiert. Geplant ist ein attraktives Zentrum, in dem sich neben Einzelhandelsgeschäften auch ein Bäcker, die Gemeindebücherei und die Polizeistation ansiedeln könnten.

In **Brodersby** (Kreis Schleswig-Flensburg) ist man bereits auf Betriebseruche und verfolgt dabei eine neue Idee. Die Gemeinde an der Schlei ist in Kontakt mit „Neue Arbeit Nord“ (NAN), einer Arbeitsförderungsgesellschaft im Landesteil Schleswig. NAN-Geschäftsführer Dieter Hildebrandt würde gern in den Betrieb von MarktTreffs einsteigen. Brodersby wäre der Pilot für eine Reihe weiterer Standorte. Ziel dabei ist, motivierte Langzeitarbeitslose zu Existenzgründern zu machen.

Negernbötzel (Kreis Segeberg) ist ein Musterbeispiel erfolgreicher Bürgerbeteiligung. Eine rund 15-köpfige „Arbeitsgruppe Dorfwicklung“ unter Leitung von Bürgermeistermeister Dieter Beuk hat im Dia-

log mit den Einwohnern ein umfassendes Konzept entwickelt: Einkäufen, Kindergarten, Feuerwehr, Vereine und Verbände unter einem Dach. Und die Jugendlichen freuen sich auf einen eigenen Treffpunkt. Bürgermeister Beuk sieht die Vorteile: „Nur wenn wir aktiv auf Jugendliche zugehen, ihnen Gestaltungsräume geben, gibt es eine Chance, dass sie eine positive Bindung zur Gemeinde entwickeln.“ Ein Trägerverein ist bereits gegründet, die Eröffnung steht im Herbst an.

Die Gemeinde **Börm** (Kreis Schleswig-Flensburg) lässt derzeit einen Standort-Grundcheck durchführen. Vorangegangen ist eine umfangreiche Haushaltsbefragung auf deren Grundlage eine Bürgergruppe das MarktTreff-Modell für Börm entwickelt hat: Lebensmittelladen, Dienstleistungen, Bistro, Treffräume für Gruppen und Vereine. Jetzt werden verschiedene Standorte auf Umsetzung und Kosten geprüft.

Koberg im Kreis Herzogtum Lauenburg hat 750 Einwohner, viele Vereine und diese aktiv in die MarktTreff-Planungen eingebunden. Außer der Grundversorgung mit Lebensmitteln stand der Wunsch nach einem Veranstaltung- und Treffbereich für alle Generationen ganz oben auf der Liste. Derzeit wird die Gründung eines MarktTreff-Vereins als Träger vorbereitet.

TTT September 2006



Fotos: Die Gemeinde Koberg (Kreis Herzogtum-Lauenburg) entwickelt Ideen für einen neuen Mittelpunkt.



In **Alt Duvenstedt** (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ist gerade der 21. MarktTreff eröffnet worden. Das neue Dorfzentrum besteht aus einem erweiterten Lebensmittelmarkt und der „Marktstuvv“ – einem neuen Gebäude für vielfältige Aktivitäten, Gemeindebüro und Dorfbücherei. Hermann-Josef Thoben aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Um-

welt und ländliche Räume fasst die derzeitige Situation so zusammen: „Ich sehe die Entwicklung sehr positiv: Engagierte Gemeinden und Ämter, erprobte Abläufe, intensive Bürgerbeteiligung und das alles zusammengehalten durch erfahrene Projektleiter – MarktTreff ist gut da vor.“

Aus: Pressemitteilung der ews-group.

Leerstand von Gebäuden in Dörfern – Beginn der Dorfauflösung oder Chancen durch Umnutzung?

Ergebnisse des 15. Essener Dorfsymposiums des Arbeitskreises Dorfentwicklung vom 14. – 16. Mai 2006 in Bleiwäsche, Kreis Paderborn

ARBEITSKREIS DORFENTWICKLUNG („Bleiwätscher Kreis“)

Seit 1978 befasst sich der Arbeitskreis Dorfentwicklung mit aktuellen Problemen ländlicher Räume in Mitteleuropa. Im „Bleiwätscher



TTT September 2006

Kreis“ kommen Wissenschaftler, Planer, Politiker und Dorfbewohner zu regelmäßigen interdisziplinären Dorfsymposien zusammen. Diese haben sich inzwischen zu einem anerkannten Forum wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Bemühungen um den ländlichen Raum etabliert. Schon zu einem Markenzeichen sind die „Bleiwäsker Resolutionen“ geworden, kurzgefasste Resümees, die sich jeweils kurz nach der Tagung an eine breite Öffentlichkeit richten. Noch vor 50 Jahren waren alle Dörfer in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes „voll“; jeder Quadratmeter war genutzt durch Wohnungen für Menschen, Ställe für Tiere, Speicher für Erntevorräte und Schuppen für Maschinen. Durch Neubausiedlungen am Rande der Dörfer, aber auch durch die bald einsetzende Landflucht entstanden dann bereits in den 1960er Jahren Leerstände in den Dörfkernen, auf die man mit den staatlichen Förderprogrammen der Dorfsanierung und Dorferneuerung reagierte. Inzwischen ist es in den meisten Dörfern zu einer zweiten Welle des Gebäudeleerstandes gekommen. Außerdem sind besonders viele alte Bauernhäuser nur noch von ein bis zwei älteren Personen bewohnt, eine Nutzungsnachfolge

ist höchst ungewiss. Die Probleme sind brennend, sie gehen an die Substanz des Dorfes, und sie sind in West- wie in Ostdeutschland flächendeckend verbreitet. Gleichwohl gibt es Unterschiede von Region zu Region, besonders betroffen sind offenbar die großen Bauernhäuser und Gehöfte.

Das 15. interdisziplinäre Dorfsymposium in Bleiwäsche stellte den Leerstand von Gebäuden in Dörfern in den Mittelpunkt. Zunächst wurden Ausmaß und Ursachen dieser Entwicklung vorgetragen. Im Brennpunkt standen dann die Fragen der notwendigen Umnutzungen. Hier wurden sowohl generelle Handlungsstrategien und Förderprogramme als auch gelungene Beispiele aus den Kommunen vorgestellt. Im Dialog von Wissenschaft, Verwaltung, Planung und Praxis ging es nicht zuletzt um die Frage, ob der Kernbestand des Dorfes zu retten ist, ob dessen baulich-kulturelle, ökonomisch-soziale und ökologische Potentiale an die nächste Generation weitergegeben werden können.

Die Tagungsteilnehmer fassten ihre zweitägigen Vorträge und Diskussionen in der folgenden Resolution zusammen:

RESOLUTION VON BLEIWÄSCHE 15

Leerstand von Gebäuden in Dörfern – Beginn der Dorfaufflösung oder Chancen durch Umnutzung?

1. Schrumpfung und kaum Wachstum

Landwirtschaftliche und gewerbliche Tätigkeiten spielen in den meisten Dörfern heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Immer mehr alte Gebäude und ganze Gehöfte stehen leer, während sich Neubautätigkeiten seit Jahrzehnten auf die Dorfränder konzentrieren. Dies gilt für ganz Deutschland. Doch sind der Osten und Norden stärker betroffen als der Westen und Süden. Durch Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung sowie Verlust der Basisinfrastruktur im ländlichen Raum drohen manche Dörfer zu veröden.

Fallweise gibt es auch wachsende Dörfer, besonders in verkehrsmäßig gut erschlossenen und in landschaftlich reizvollen Räumen, vor allem nahe der Ballungszentren. Die Abfolge oder das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung sind normale historische Prozesse. Der jetzt vorherrschende Rückgang kann der Start zum Neuanfang sein.

2. Leerstände – Probleme und Lösungen

Detailstudien zeigen, dass Leerstände von Gebäuden im ländlichen Raum weit umfangreicher sind als zumeist angenommen. Da oft exakte Daten fehlen, bedarf es auf kommunaler Ebene einer umfassenden em-

pirischen Analyse der Leerstände und deren jeweiliger Ursachen. Auf dieser Basis sind fallspezifische Lösungen für die einzelnen Dörfer von der Gebäudeumnutzung und dem Umbau bis hin zum Gebäudeabriss zu verwirklichen.

Es gibt eine Fülle guter Beispiele für die Wiedergewinnung, den Erhalt und die Erweiterung dörflichen Lebens und Wirtschaftens. Doch selbst Experten sind hierüber bisweilen unzureichend informiert. Eine allgemeine, im Internet zugängliche Informationsbörse sollte vorhandene regional oder lokal zugängliche Kenntnisse zusammenfügen.

Eine strategische Politik für den ländlichen Raum fehlt jedoch. Langfristige Perspektiven sind nicht in Sicht. Reduzierte oder im zukünftigen Förderumfang noch unbekannt öffentliche Mittel, insbesondere der EU, führen zu Planungsunsicherheit. Stellenabbau im öffentlichen Sektor und schwierige Auftragslagen privater Unternehmer lassen die Zahl der kreativen Experten für den ländlichen Raum zurückgehen. Daher sind an den Hochschulen integrative Studiengänge für den ländlichen Raum zu fördern.

Viele Menschen suchen in der internationalisierten Welt Heimat, und sie finden oft Identifikation und Ori-

TTT September 2006

entierung in Dörfern und Kleinstädten. Das Wissen und das Handeln dieser und gerade der älteren Menschen aktiv in die Entwicklung der ländlichen Räume zu integrieren, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zuwanderer können hierbei innovative Aufgaben übernehmen.

3. Reduktion als Chance

Die Ausweisung von Neubaugebieten im ländlichen Raum ist nur noch dann sinnvoll, wenn das vorhandene Gebäude- und Raumpotential in den Kernen ausgeschöpft ist. Sollen nicht ganze Dörfer oder deren Innenbereiche veröden und sollen sie in ihrer Vielfalt der Gebäude und Gärten bewahrt bleiben, ist die Umnutzung vorhandener Bausubstanz oberstes Ziel. Abriss und Neubau sind dabei in ortsbildtypischer und

funktionsgerechter Weise im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft zu verbinden.

In dem aktuellen raschen Veränderungsprozess liegt eine große Zukunftschance, die Geduld und Kreativität im Umgang mit dem Überkommenen verlangt. Wesensmerkmale der vielfältigen ländlichen Kulturräume sind nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln. Dorf, wo im ländlichen Raum Initiativen entstehen oder Hilfe zur Selbsthilfe nötig wird, sind Politik, Verwaltung und Planung gefordert. Das Dorf der Zukunft wächst aber vor allem aus den Potenzialen der im Dorf lebenden Menschen.

*Arbeitskreis Dorfentwicklung
(„Bleiwäsender Kreis“), Leitung:
Prof. Dr. Gerhard Henkel, Essen*

Wir brauchen Ihre Mitarbeit!

Ein interessantes Mitgliederheft lebt vom Engagement seiner Leserschaft. Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen. Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 17. November 2006.

Aus der Arbeit der Akademie

Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der ländlichen Räume Schleswig-Holsteins“ –

Was wir brauchen: Infrastruktur

am 06.07.2006 in Breklum

Infrastruktur bezeichnet alle langlebigen Grundeinrichtungen personeller, materieller und institutioneller Art, die das Funktionieren einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft garantieren. Die seit Jahren andauernde Konzentration wichtiger Infrastruktureinrichtungen wie Lebensmittel-einzelhandel, Post, Banken, Ärzte und andere Gesundheitsdienste verlängert die Wege im ländlichen Raum, erhöht die Abhängigkeit vom eigenen PKW und droht, die Lebensqualität zu senken.

Darum fasste sich die dritte Tagung im Rahmen der Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum mit dem Thema Infrastruktur. Es sollte jedoch weniger um technische Einrichtungen, als um die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, die medizinische Versorgung und die Mobilität im ländlichen Raum gehen.

Herausforderungen für den Erhalt der Infrastruktur

Die zwei großen Herausforderungen, der demographische Wandel, vor allem nach dem Jahr 2020 und

die Lage der Haushalte von Land und Kommunen werden sich nach den Worten von Dr. Jens-Martin Gutsche auf die Infrastruktur in besonderer Weise auswirken.

Die technische Infrastruktur, wie Wasser-/Abwasser- und alle sonstige Netzinfrastruktur muss, wenn sie einmal gelegt ist, instand gehalten werden; Anpassungen sind kaum noch möglich. Die günstigen Baupreise in den ländlichen Räumen könnten sich wegen des Er-schließungs- und Erhaltungsaufwandes daher einmal als Fluch erweisen.

Die soziale Infrastruktur hat dem gegenüber den Vorteil, anpassungsfähig zu sein. Diese Anpassungen verlaufen jedoch selten konfliktfrei. Es entstehen Verteilungskämpfe um Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, öffentliche Dienstleistungen etc.). Daher sollte eine Debatte um Qualität einsetzen, nach dem

Motto „welche Struktur erhält die Lebensqualität am besten?“ Die Debatte kann aber nur geführt werden, wenn nicht Konkurrenzdenken, sondern Kooperationswille zwischen den Beteiligten herrscht. Ebenso we-

TTT September 2006

nig werden die Wirtschaft oder die Politik alleine es schaffen, die Probleme zu lösen. Als dritter Faktor müssen die Selbstgestaltungskräfte in einer Region – und hier kommt es auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/innen an – aktiviert werden.

Beispiele für neue Konzepte

Die Sicherung der Nahversorgung auf dem Lande funktioniert dann, wenn der Slogan der MarktTreffs „hier ist alles drin“ Programm ist. Um ein Kerngeschäft, in der Regel ein Lebensmittelgeschäft, wird eine dem örtlichen Bedarf ausgerichtete Bandbreite von Dienstleistungsdiensten angedockt. Gleichzeitig werden Räume oder zumindest Cafébereiche mit Sitzmöglichkeiten eingerichtet, die die Voraussetzungen schaffen, den MarktTreff auch zu einem sozialen Treffpunkt werden zu lassen. Tragfähig – und zwar gegen den Trend im Einzelhandel – wird das Konzept aber erst, wenn die Bevölkerung, auch unter Einsatz ehrenamtlicher Leistungen, hinter „ihrem“ MarktTreff steht und dem Betreiber ein auskömmliches Einkommen sichert. Verstärkt wird aber auch nach anderen Betreibermodellen gesucht, z.B. als GmbH oder Genossenschaft.

Im medizinischen Bereich zeigt der Blick nach Skandinavien, dass auch hierzulande neue Möglichkeiten im

Einsatz von IT und eHealth zumindest geprüft werden sollten. Das größte Problem ist hierbei die Akzeptanz, erstaunlicherweise insbesondere bei den Ärzten, wie Sven Duckert ausführte. Die Notdienstregelung wird von der Kassenärztlichen Vereinigung als das zur Zeit größte Problem angesehen, das die Nachfolge für viele Arztpraxen auf dem Land behindert. Noch ist die Versorgung gut, aber das Durchschnittsalter der Ärzte in den ländlichen Räumen liegt bei 51 Jahren. Eine Neuorganisation des Notdienstes soll ab 2007 in Kraft treten. Die Notdienste der Vertragsärzte werden in Anlaufpraxen konzentriert und mit den fahrenden Diensten und anderen Einrichtungen, wie z.B. dem Rettungsdienst und den Notfallapotheken besser verzahnt.

Der Anrufbus Ostholstein (z. Zt. im nördlichen Ostholstein) funktioniert bedarfsorientiert, d.h. ohne Fahrplan, ohne Linien, ohne Haltestellen. Die Fahrtkosten betragen nur den Schleswig-Holstein-Tarif und einen Komfortzuschlag von derzeit 50 Cent pro Fahrt. Die Kosten teilen sich der Kreis, die angeschlossenen Städte und Gemeinden, das Land und das Unternehmen Autokraft. Über die Auswertung nach einem Jahr Laufzeit konnte Oscar Klose Erstaunliches berichten: Das Fahrgastaufkommen fiel höher aus als erwartet und hat sogar noch steigende

TTT September 2006

Tendenz, die beste Auslastung hat der Anrufbus zwischen 10.00 Uhr und 18.00 Uhr – also nicht in den Abendstunden und die Kundenzufriedenheit ist hoch. Auch die Kosten sind jedoch hoch. Da die Logistik noch optimiert werden kann und auch der Komfortzuschlag bisher sehr niedrig ist, sieht der Kreis Ostholstein trotzdem gute Perspektiven für sein in Schleswig-Holstein ein-

zigartiges Modell und will den Einzugsbereich des Anrufbusses ausdehnen.

Als Fazit der Tagung lässt sich sagen, dass der Konzentration bzw. Ausdünnung der Infrastruktur-Einrichtungen mit Initiative, Kooperationsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für neue Lösungen begegnet werden kann.

Koalition für die ländlichen Räume auf einem guten Weg

Abschlusstagung der Reihe „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein“ am 31.8. in Breklum

Das Wort „Stärken stärken“ macht in der Wirtschafts- und Regionalpolitik derzeit die Runde und klingt erstmal gut. Bei näherem Hinören und Lesen, z. B. der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“, die von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30. Juni verabschiedeten wurden, wird aber deutlich, dass dabei vorwiegend an eine Konzentration auf Metropolregionen und Cluster gedacht wird. Auch das Positionspapier der schleswig-holsteinischen Landesregierung lässt eine Tendenz in diese Richtung erkennen.

Die Akademie für die Ländlichen Räume und das Christian Jensen Kolleg starteten daher vor rund einem Jahr mit einem großen Kon-

gress unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Carstensen den Auftakt zu einer Tagungsreihe, um diese Entwicklung der breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen, ein Zeichen für die Interessen der ländlichen Räume zu setzen, aber auch praktische Lösungen aufzuzeigen. Mit einem breiten Meinungsaustausch aller Institutionen und Personen, die für den ländlichen Raum Verantwortung tragen, sollte die Grundlage für eine Koalition für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

Die Zukunft der ländlichen Räume aus Sicht der Landesregierung
Minister Dr. Christian von Boetticher stellte klar, dass es eine Förderpolitik, die sich nur noch auf einige

TTT September 2006

Regionen oder Cluster konzentriert, in Schleswig-Holstein nicht geben wird. Die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein hätten eine eigenständige Identität und eine eigene Vitalität, die sich zunächst einmal nicht von anderen Nachbarregionen ableite. (Die Rede des Ministers finden Sie auf Seite 49 in diesem Heft.)

Für die Landesplanung betonte auch Dr. Christian Diller, dass am Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Landesteilen festgehalten werde. Das Land stütze die Metropolregion Hamburg, um im Interesse des ganzen Landes im internationalen Wettbewerb zu bleiben. Der Norden des Landes, dessen Zentren und die Stadt-Umland-Zusammenarbeit werde aber darin unterstützt, ein Gegengewicht zur Metropolregion im Qualitätswettbewerb zu schaffen. Ländliche Regionen würden unterstützt, um innovative und flexible Lösungen im Bereich der Infrastruktur entwickeln.

Wirtschaft, Kommunen und Bürger/innen sind die Zutaten für dynamische Regionalentwicklungsprozesse – ein Beispiel aus Bayern
Als Ergebnis der Bemühungen um die Einbindung der Wirtschaft in den Entwicklungsprozess der Region Hesselberg fasste Bürgermeister Friedrich Wörlein zusammen: fast alle machen mit und Neue kamen

dazu, aus „man müsste“ wurde „wir packen an“, es existieren 13 Projektgruppen und Unternehmerstammische, neue Partner der Region wurden gewonnen. Zusammen mit den beiden anderen Säulen, den Kommunen (GmbH) und den Bürger/innen (Lokale Aktionsgruppe, LAG) treibt die Wirtschaft in Form einer AG die Entwicklung der Region Hesselberg an.

Im Jahr 1999 schlossen sich 23 Kommunen in einer Entwicklungsgesellschaft mit den Zielen: lebenswerte Zukunft, tragfähige Wirtschaftsentwicklung und außergewöhnliche Lebensqualität zusammen. Die damit verbundenen Aufgaben, wie Fördern der interkommunalen Zusammenarbeit, Beratung, Moderation von Sitzungen und Leitbildprozessen, Projektentwicklung und Projektbegleitung, Fördermittelrecherchen und -beantragung, Netzwerkarbeit und Kooperationen aufbauen, werden heute durch die Regionalmanagerin und Geschäftsführerin ausgeführt. Im Jahr 2001 wurde als zweite Säule die LEADER+ Region mit 80 Mitgliedern, ca. 1000 Aktiven, 7 Arbeitskreisen aus denen sich zahlreiche Projektgruppen, Expertenrunden speisen, gegründet. Mit einer Zukunftskonferenz im Jahr 2003 wurde der erste Schritt zur Einbindung der Wirtschaft in den regionalen Entwicklungsprozess getan. 160 Teilnehmende, davon 70 aus der

Wirtschaft, stellten Leitlinien auf, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Im Zuge der Umsetzung erfolgte die Gründung der Hesselberg AG als eine spezielle Aktionsgruppe von Unternehmen, Selbständigen und Freiberuflern zur Förderung der Region und der internen Zusammenarbeit.

Auf die Potentiale des ehrenamtlichen Bürgerengagements ging Dr. Michael Eckstein, Mitgründer der Bürgerstiftung Ahrensburg, näher ein. Die Ende Mai 2001 von neun Bürgerinnen und Bürgern gegründete Stiftung hat bisher 280 TEuro und die Arbeitskraft von 50 Ehrenamtlichen investiert und versteht sich als eine Keimzelle der Bürgergesellschaft. Die Bürgergesellschaft sei auf dem Lande besonders wichtig für das Gemeinwesen. Die Aktivitäten der Bürgergesellschaft müssten nützlich und professionell sein und werden machbar durch Vernetzung.

Dann seien sie gerade auf dem Lande erfolgreich. Als gelungenes Beispiel nannte er die EhrenamtMessen Schleswig-Holstein, die im Februar 2006 erstmalig in allen Kreisen und kreisfreien Städten mit effektiv 1.000 Vereinen und über 25.000 Besuchern stattfanden. Vernetzt wurden hier das Sozialministerium, die Landräte und Oberbürgermeister, Stiftungen, Förderer, alle großen Wohlfahrtsorganisationen, 16 Projektteams mit rd. 100 Freiwillige.

Einen Einblick in die neuen Vorzeichen der Entwicklung im ländlichen Raum Dänemarks vor dem Hintergrund der durchgreifenden Kommunalreform gewährte Gösta Toft, Sekretär der Schleswigschen Partei (siehe Seite 8).

Zukunft braucht Initiative: Was haben wir erreicht?

Die Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – auch in Zukunft – ist für ALR und CJK oberstes Ziel. Dazu hat die Tagungsreihe in den Einzelveranstaltungen zu „Wirtschaft und Regionalentwicklung“, „Kultur und Bildung“ sowie „Infrastruktur“ Fakten gesammelt und Ansätze aufgezeigt, mit welchen Mitteln den Herausforderungen an die ländlichen Räume begegnet werden kann. Das allein reicht aber nicht aus, um die künftige Politik im Sinne der ländlichen Räume beeinflussen und mitgestalten zu können.

In der Abschlusstagung erklärten sich Bischof Knuth, die IHK Flensburg, der Schleswig-Holstein Heimatbund, der Landesverband der Volkshochschulen, der Schleswig-Holstein Gemeindetag und das Ministerium für ländliche Räume bereit, die Koalition zu unterstützen. Darüber hinaus haben wichtige Persönlichkeiten, Institutionen und Verbände ihre Unterstützung oder große Sympathie für das Vorhaben erklärt und Gespräche angeboten.

TTT September 2006

Die ALR und das CJK haben vorge schlagen, die Koalition durch die Einrichtung eines jährlich wiederkehrenden Forums zu bilden, das vor allem die Erarbeitung gemeinsamer Positionen und deren Vertretung gegenüber Politik, Verwaltung und Wirtschaft zum Ziel hat. Ob sich die Koalition in einem offenes Bekenntnis zu den gemeinsamen Zielen oder eher in Bündnissen mit verbindlichen Strukturen der Zusammenarbeit, die Ziele, Arbeitsinhalte und Bearbeitungszeiten festlegen oder sogar konkreten Projektgruppen manifestiert, blieb noch offen. Dass alle an der Abschlussstagung aktiv Mitwirkenden sich konkret beteiligen werden, stand außer Frage.

Dass der Aufruf zur Bildung einer Koalition auf fruchtbaren Boden gefallen ist, zeigen auch die positiven, schriftlichen Rückmeldungen, die im Vorfeld der Abschlussstagung in der Geschäftsstelle der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins eingegangen sind. Ausgelöst durch die in der Einladung formulierte Bitte um Rückmeldung, ob die Adressaten eine Koalition dieser Art unterstützen und an ihrer Bildung mitwirken wollen, ergeben die Antwortschreiben insgesamt ein positives Echo; im folgenden Zitate ausgewählter Rückmeldungen:

„...Die Akademie für Ländliche Räume leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein. Der von der Akademie angeregte Gedankenaustausch über eine Koalition für die ländlichen Räume verdeutlicht diese besondere Rolle. Mit der geplanten Einrichtung eines jährlich wiederkehrenden Forums schaffen Sie nunmehr eine Plattform, um die Zukunftsfragen der ländlichen Regionen zu begleiten.

Ich freue mich über dieses Vorhaben und hoffe, dass Ergebnisse entstehen, die für die Politik, Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen wertvoll sein werden.“

(Peter Harry Carstensen,
Ministerpräsident des Landes
Schleswig-Holstein)

„...der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag begrüßt die unter dem Dach der Akademie für die Ländlichen Räume gestartete Initiative „Eine Koalition für den ländlichen Raum“ sehr. Wir halten eine stärkere Bündelung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und Akteure in den ländlichen Räumen für dringend erforderlich, um die gemeinsamen Anliegen wirksamer vertreten zu können.“

(Jörg Büllow, S.-H. Gemeindetag)

TTT September 2006

„....Das Wirtschaftsministerium fördert durch eine regionale Wirtschaftspolitik aktiv den ländlichen Raum Schleswig-Holsteins, zum Beispiel durch das Regionalprogramm 2000 und im Anschluss daran mit dem Zukunftsprogramm Wirtschaft 2007-2013, durch den Schleswig-Holstein-Fonds, aber auch durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Ich werde mich als Minister weiter für die positive Entwicklung des ländlichen Raums einsetzen und Ihre Arbeit unterstützen.“
(Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein)

„....unterstützen wir Ihre Initiative zugunsten der ländlichen Räume journalistisch nach Kräften.“
(Stephan Richter, sh.z)

„....Es ist mir ein Anliegen, an dieser Stelle zu betonen, dass der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein Ihre zahlreichen Initiativen im Sinne des Erhalts und der Verbesserung der Strukturen in den ländlichen Räumen sehr begrüßt.“
(Jörg-Dietrich Kamischke, Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein)

...Von daher unterstützen wir selbstverständlich die Koalition für den ländlichen Raum.

(Dr. Ina Pfammschmidt, Landjugendverband)

„....Der Kirchenkreisvorstand hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass der Kirchenkreis Angeln diese Initiative unterstützen und auch daran mitwirken wird. Wir sind sehr dankbar für diese wichtige Initiative und dafür, dass die Akademie für die ländlichen Räume sich an die Spitze der Diskussion stellt.“
(Propst Gerhard Ulrich, Kirchenkreis Angeln)

„....Die von Ihnen initiierten Aktivitäten zur Stärkung der ländlichen Regionen wird von der Provinzial positiv gesehen.“
(Gerd Rönnow, Provinzial)

„....Gleichwohl möchte ich Sie wissen lassen, dass ich Ihre Initiative einer Koalition für den ländlichen Raum unterstütze.“
(Propst Dr. Klaus Kasch, Kirchenkreis Segeberg)

Über die Fortentwicklung der Koalition für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein werden wir weiterhin an dieser Stelle berichten.

TTT September 2006

Natura 2000 zum Mitmachen – der schleswig-holsteinische Weg zur praktischen Umsetzung

am 29.06.2006 in Aukrug

Ausgangspunkte für die von der ALR und Europe Direct durchgeführte Veranstaltung sind die EU-Richtlinien „FFH-Richtlinie 92/43/EWG“ und „Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG“. Sie bilden die rechtliche Grundlage für den Aufbau des europäischen Netzwerkes Natura 2000. Das ganztägige Seminar mit Exkursion hatte zum Ziel über den aktuellen Stand von Natura 2000 zu informieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, aktiv bei diesem Prozess in Schleswig-Holstein mitzumachen. Der informelle Spannungsbogen der vier Vorträge am Vormittag war gut gespannt und reichte von Vorgaben und Diskussionen auf EU- und Bundesebene über Vorschläge zur praktischen Umsetzung in Schleswig-Holstein bis hin zu konkreten, flächenbezogenen Einzelmaßnahmen im Aukrug.

Über 40 Teilnehmer erhielten im Gasthof Aukrug Antworten auf und Anregungen für die Fragen:

- ▲ „Wie können sich Regionen auf diesen Prozess vorbereiten?“
- ▲ „Was zeichnet erfolgreiche regionale Initiativen aus?“
- ▲ „Welche regionalen Gestaltungsmöglichkeiten gibt es z. B. bei der Erstellung der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete?“

Nach der Begrüßung durch Horst Müller (ALR) und Nils Kuhnke (Bürgermeister der Gemeinde Aukrug) erläuterte Thomas Wälter (Landesamt für Natur und Umwelt) den aktuellen Sachstand. Demnach sind 7,3 % der Landesfläche als FFH-Gebiete und 5,8 % als Vogelschutzgebiete gemeldet. Aufgrund der häufig auftretenden flächenbezogenen Überschneidungen dieser Meldungen ergeben sich nach Abzug derselbigen insgesamt 9,1 % der Landesfläche. Für diese Gebiete sind gebietspezifische Erhaltungsziele entwickelt worden, die im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Zur Umsetzung wies Thomas Wälter auf drei grundsätzliche, in ihrer Art sehr unterschiedliche Möglichkeiten hin: Gebietsbezogene Verordnungen, Freiwillige Vereinbarungen und Pauschalen Gesetzesschutz. In vielen Gebieten wird dabei der Managementplan eine zentrale Rolle spielen. Er ist „das Herz des ganzen“, so Wälter, er soll praxisorientiert sein und nach Möglichkeit in enger Abstimmung mit den jeweiligen Akteuren vor Ort entwickelt werden. Thomas Wälter rief dazu auf, diese Möglichkeiten der Beteiligung und Gestaltung zu nutzen und das Heft des Handelns auf regionaler Ebene

TTT September 2006

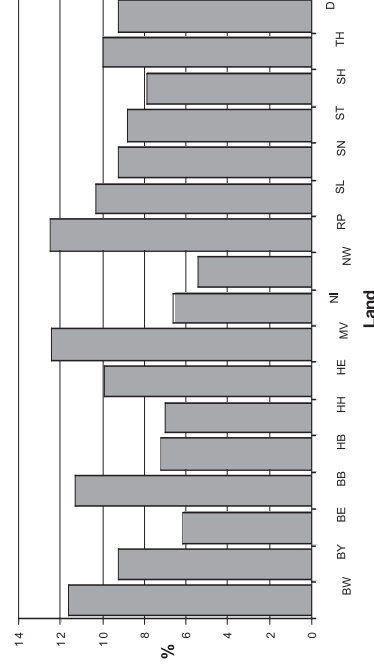
selbst in die Hand zu nehmen. Das LANU sieht sich in diesem Zusammenhang als beratende Institution, die lokale und regionale Initiativen unterstützen kann und will.

Wolfram Güthler vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) bestätigte im Rahmen seiner Ausführungen die von Thomas Wälter aufgezeigten regionalen Handlungsspielfläume. Nach seiner Einschätzung sind die relevanten Eckpunkte stimmige Erhaltungsziele und die mittel- und langfristige nachweisbare Zielerreichung. Der Weg dorthin, also die praktische Umsetzung vor Ort, ist nicht festgelegt und somit frei wähl- und gestaltbar – nach Einschätzung von Wolfram Güthler eine gute Ausgangsbasis.

Auf EU-Ebene ergibt sich folgendes Bild: Ca. 25.000 Natura 2000 Gebie-

te wurden auf ungefähr 20 % der Fläche gemeldet. Für die Umsetzung werden die Kosten auf 6,1 Mrd. ? pr Jahr geschätzt. Betreffs Fördermöglichkeiten ist kein eigener Förderpotopf vorgesehen, vielmehr eine Integrationsstrategie, d.h. Förderung über andere Fonds (ELER, EFF, EFRE, ESF und Programme wie LIFE+). Ziel dieser EU-weiten Bemühungen ist die Schaffung eines europäischen Biotopverbundes und daran gekoppelt das Ziel „Stop the loss“ – den Artenrückgang bis 2010 zu stoppen. Im bundesweiten Vergleich liegt Schleswig-Holstein bei der Meldung von Gebieten nicht im Spitzenfeld; so haben z.B. die Bundesländer Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz u. a. – bezogen auf die jeweilige Landesfläche – größere Flächenanteile gemeldet.

Prozentualer Meldeanteil von FFH-Gebieten
(terrestrisch)



Meldeanteile von FFH-Gebieten im bundesweiten Vergleich, Quelle: BfN

TTT September 2006

Anschaulich beschrieb Wolfram Güthler Erfahrungen aus der Umsetzung in anderen Regionen, so z. B. im Lechtal, wo 6 Landkreise und die Stadt Augsburg seit Oktober 2005 vereint im „Lebensraum Lechtal e.V.“ kooperativ an der Umsetzung von Natura 2000 für einen 160 km langen Abschnitt der Lech arbeiten.

Aus den verschiedenen Projekten und einem Gespräch, das der DVL mit Mitgliedern der Europäischen Kommission geführt hat, leitete Wolfram Güthler auch mit Blick auf Schleswig-Holstein verschiedene Empfehlungen ab. Für einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren – die **Beteiligung vor Ort** – waren dies:

- ▶ Arbeitskreis mit Schlüsselakteuren
 - ▶ Klare „Spielregeln“ und Zeitpläne
 - ▶ Verständliche Planung
 - ▶ Verpflichtungen klarlegen, Spielräume aufzeigen
 - ▶ begleitende Öffentlichkeitsarbeit
 - ▶ wenn nötig externe Moderation
- Wer Beteiligung ernst nimmt, sollte in der derzeitigen Umsetzungsphase des weiteren darauf achten, dass die Zielvereinbarungen für die Gebiete **genügend Raum lassen**; denn in re-

gionalen Prozessen steckt Dynamik und eine schrittweise Umsetzung schafft mehr Akzeptanz, so Güthler.

Sönke Beckmann (LANU) erläuterte nach Kaffeepause und Diskussion auch im Namen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume die Instrumente und Perspektiven zur Umsetzung von Natura 2000 in Schleswig-Holstein wie sie im gegenwärtigen Entwurf des Schleswig-Holsteinischen Programms „Zukunftsprgramm ländliche Räume“ enthalten sind. Dieser Programmentwurf bedarf noch der Notifizierung durch die EU-Kommission. Dabei strukturierte er sehr anschaulich die bevorstehenden Veränderungen der Förderkulisse. Demnach wird die Ländliche Entwicklungspolitik in den Jahren 2007-2013 gemäß der ELER-Verordnung über einen einzigen Fonds geplant, gesteuert, finanziert und kontrolliert. Aus dem Schwerpunkt 3 der ELER VO „Lebensqualität und Diversifizierung“ stellte Sönke Beckmann zwei der wesentlichen für die Umsetzung von NATURA 2000 relevanten Maßnahmen vor:

Schwerpunkt Nr. 3, Maßnahme Nr. 23: Naturschutz und Landschaftspflege

A: Gegenstand

1. Managementpläne für Natura 2000-Gebiete und sonstige durch Büros, Behörden, Vereine oder Stiftungen
2. Einrichtung und Unterstützung einer Etablierungsphase Lokaler/ Regionaler Bündnisse

3. Naturschutzinvestitionen:

Grunderwerb, langfr. Pachten, kapital. Entschädigungen

4. Aktionen zur Sensibilisierung für den Umweltschutz – Info- und Werbematerial, Internet-Auftritte

B: Zuwendungsempfänger

Stiftungen, Vereine, TG'en, stiftungseigene und vereinseigene

Betriebe, Körperschaften des öff. Rechts, Land S-H

Schwerpunkt Nr. 3, Maßnahme Nr. 25: Besucherlenkung- und Besucherinformation im Naturschutz; Natura 2000

A: Gegenstand

Naturerlebnisräume, Naturparke, Besucherlenkung, Besucherinformationssystem

B: Zuwendungsempfänger

Stiftungen, Vereine, TG'en, stiftungseigene oder vereinseigene Betriebe, Körperschaften des öff. Rechts, Land S-H

In der Zusammenfassung relevanter Fördermaßnahmen innerhalb

Natura 2000 ergab sich folgende Auflistung:

- Grundlagenerfassung und laufendes Monitoring
- Aufstellung der Managementpläne
- Kosten für vertragliche Vereinbarungen
- Kosten für die Ausweisung von Schutzgebieten (einschl. Entschädigungen)
- Grunderwerbskosten; langfristige Pacht
- Kosten für Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen
- Ausgleichszahlungen in NATURA 2000-Gebieten: Landwirtschaft, Wald
- Agrarumweltprogramme insbesondere Vertragsnaturschutz: Land-

wirtschaft, Wald

- Besucherlenkung- und Besucherinformation; Sensibilisierung für die Natur
- Naturparke; Naturerlebnisräume
- Einrichtung von lokalen/regionalen Bündnissen: Personal- und Sachkosten

Mittelbar:

- LEADER+; WRRRL; ländlicher Tourismus; Dorferneuerung; ländliches Kulturerbe

Aus Sicht von Sönke Beckmann enthalten die ELER-VO und das geplante Zukunftsprogramm SH die notwendigen Ansätze für Maßnahmen und Chancen zum Mitgestalten für lokale Aktionsgruppen, regionale Initiativen und Bündnisse. Die Umsetzung wird künftig weniger durch

TTT September 2006

behördliches als durch regionales Handeln bestimmt. Der Erfolg von NATURA 2000 hängt dabei mehr als bisher von der Organisation der verschiedenen Instrumente und Maßnahmen, den wirksamen Kooperationen mit unterschiedlichsten Partnern und den Gesetzen des Marktes im ländlichen Raum ab – so Beckmann. Er schloss sich seinen Vorrednern an und lud die Teilnehmer/-innen und Regionen im Lande dazu ein, entsprechende regionale Netzwerke aufzubauen oder vorhandene Initiativen zu unterstützen, die Beteiligung- und Gestaltungsmöglichkeiten und Beratungsangebote des Landesamtes für Natur und Umwelt bei der Umsetzung von Natura 2000 vor Ort zu nutzen.

Vor der Mittagspause und als Einstimmung auf die Exkursion am Nachmittag stellte im vierten und letzten Vortrag Niklas Ulrich die Struktur und Arbeit des Naturschutzring Aukrug vor. In dem eingetragenen Verein sind inzwischen Vertreter verschiedener Interessengruppen, wie Landwirtschaft, Naturschutz, Wirtschaft und Tourismus, Jäger und Waldbesitzer, Mitglied. Seit September 2004 setzt der Naturschutzring als regionaler Koordinator die Ziele des Landes für die Bereiche Natura 2000, Integrierter Fließgewässerschutz und Niedermoorschutz um. Für wasserbauliche Maßnahmen bleiben die Wasser-

und Bodenverbände und die Arbeitsgruppe 13 zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie federführend.

Das Projektgebiet umfasst auf einer Fläche von 14.600 ha 16 Gemeinden in 3 beteiligten Ämtern. Für eine vollständige Umsetzung der Naturschutzziele würden über 3.000 ha benötigt – verdeutlichte Niklas Ulrich anhand einer Karte des Projektgebietes. Zur Umsetzung dieser langfristigen Ziele wurden regional folgende Rahmenbedingungen erkannt und abgestimmt:

- Eine Laufzeit von 12 Jahren bietet ausreichend Flexibilität
- Wichtig: Es gibt keine Zielvereinbarung! – vielmehr gilt das Prinzip der absoluten Freiwilligkeit!
- Umfangreiche Flächenkäufe sind nur mit Flurbereinigungsverfahren möglich
- Vorsichtige Ausübung des Verkaufrechts – nur nach Absprache
- Keine neuen Schutzgebietsausweisungen auf privaten Flächen
- Bevorzugung örtlicher Pächter, Verbleib der Jagd in der Örtlichkeit, flexible Verträge

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen werden konkrete Projekte entwickelt und umgesetzt. Für die Lebensräume Wald und Offenland geht es im Aukrug dabei vor allem um:

Wald

- Umbau von Nadel- zu standorttypischen Laubwäldern
- Einstellen der Entwässerung und freilegen der quelligen Standorte
- Steigerung des Totholzanteils
- Förderung des Landschaftselementen der Kulturlandschaft wie Heiden und Kratts
- Schaffung strukturreicher, abwechslungsreicher Waldränder

Offenland

- Wiedervernässung von Niedermoorstandorten. Kappen der Drainage auf Grünland.
 - Pflege und Schaffung von Magerrasen und Feuchgrünland durch Beweidung.
 - Auf die Fläche abgestimmte Pflege: ganzjähriger Beweidung, Mahd zur Ausmagerung und gezielte, kurzzeitige Beweidung.
- Ein neue entwickeltes Projekt sieht an geeigneten Stellen lebensraunoptimierende Maßnahmen für die Heidelerche vor: So sollen Lichtungen mit Heide auf Flächen der

Schrobach-Stiftung geschafften werden, Jäger haben sich bereit erklärt Waldränder entsprechend umzugestalten und benachbarte Landwirte lassen Ackerbrachen entstehen.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmer/-innen genau diese Flächen vor Ort in Augenschein nehmen. Der Weg führte weiter in das Tal der Bünzau, wo Detlef Rathjen – Landwirt und Vorsitzender des Naturschutzring Aukrug – das inzwischen schon recht bekannte Projekt ERNA vorstellte. Im Namen des Vereins versteckt sich der Kern des ganzen – Extensive Robustrinderhaltung im Naturpark Aukrug. Mit 0,3 – 0,4 GV/ha nutzen die imposanten Heckrinder, die in ihrem Aussehen dem im 17. Jahrhundert ausgerotteten Auerochsen nahe kommen, ganzjährig im Sinne des Naturschutzes Niederungsflächen der Bünzau und Buckener Au. Lobend erwähnt er dabei u.a. die finanzielle Unterstützung des Landes, die bei der Einzäunung der Großweiden eine Vollfinanzierung sicherstellte.



Foto: Exkursionsziel Bünzau, v.re: Detlef Rathjen, Bruno Ophey, TeilnehmerInnen (Foto: Sommer)

TTT September 2006

Pünktlich um 16.00 Uhr verabschiedete Bruno Ophey, Vorsitzender des Arbeitskreises Dorf und Umwelt der Akademie für die Ländlichen Räume und Moderator des Seminars, die

über 40 vielfältig angeregten Teilnehmer/innen.

Torsten Sommer,

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Der schleswig-holsteinische Weg zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

am 05.07.2006 in Schafflund

Ausgangspunkt für die von der ALR und Europe Direct durchgeführte Veranstaltung ist die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL, 2000/60/EG). Mit dieser Richtlinie haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahr 2000 verpflichtet, ihre Gewässer innerhalb eines Zeitraumes von 15 Jahren in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Wie dieses anspruchsvolle Ziel in Schleswig-Holstein verwirklicht werden soll war Thema der Veranstaltung, zu der die Akademie Fachleute und Laten nach Schafflund (Kreis Schleswig-Flensburg) eingeladen hatte. Das Programm des ganztägigen Seminars mit Exkursion sah vor, vorgezogene Maßnahmen der Umsetzung an Wallsbek, Meynau, Schafflunder Mithlenstrom und Linnau kennen zu lernen und über die in den nächsten Jahren erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung durch Propst i.R. Manfred Kamper führte Dr.

Grett als der Ansprechpartner für die EU-WRRL auf Landesebene (MLUR) in die Verordnung und deren Umsetzung in Schleswig-Holstein ein. Die EU – WRRL schafft demnach den Rahmen für eine europäische Wasserbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien. Ziel ist dabei die Zustandserhaltung (nachhaltige Nutzung der Gewässer) und die Zustandsverbesserung (Wiederherstellung eines naturähnlichen Zustands); letzteres mit der Einschränkung wo dies möglich und nicht unverhältnismäßig teuer ist. Bei der Beurteilung der Gewässer treten „neue“ Kriterien in den Vordergrund, wie biologische Qualitätskomponenten, chemische Schadstoffe (u.a. Grenzwerte für 130 synthetische und nicht synthetische Stoffe) und unterstützend die Hydro-morphologie des Gewässers und physikalisch-chemische Stoffe. Bezogen werden diese Parameter auf den Wasserkörper, der nach der EU-WRRL ein Gewässerabschnitt mit gleichen Eigenschaften ist.

Aus der inzwischen abgeschlossenen Bestandsaufnahme ergeben sich nach Dr. Grett folgende Handlungsschwerpunkte:

- Wiederherstellung naturnaher Gewässerstrukturen
- Wiederherstellung der Durchgängigkeit für Fische
- Reduzierung der diffusen Nähr- und Schadstoffeinträge
- Reduzierung der Nährstoffe in Küstengewässern und Seen
- teilweise noch Reduzierung des Stoffeintrages aus Punktquellen

Für die Umsetzung muss dabei die oberste Prämisse sein, möglichst viel für die Entwicklung der Gewässer zu erreichen. Dies wird insbesondere dann gelingen, wenn man klare Prioritäten setzt und sich dabei auf die kosteneffizientesten Maßnahmen beschränkt. Da es sich um eine EU-Verordnung handelt und eine Prüfung durch die Kommission eingepplant werden muss, gilt es Fristen und Formen zu berücksichtigen und Abweichungen transparent und nachvollziehbar zu begründen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Flussgebietseinheit (FGE) Eider zeigen, dass die dortigen Fließgewässer nur zu 10 % als natürlich, zu 30 % als künstlich und zu 57 % als erheblich verändert eingestuft werden müssen. Für den hohen Anteil an Wasserkörpern in nicht gutem Zustand (über 90 %) nennen erste Untersuchungen nach den Kriterien der

WRRL folgende Ursachen: Veränderte Hydromorphologie, zu hohe Nährstoffkonzentrationen und fehlende Durchgängigkeit für Fische. Betrachtet man die Umsetzung aus rein finanziellen Gesichtspunkten, so ergeben erste Schätzungen einen Mittelbedarf bis 2015 in Höhe von ca. 205 Mio. €. Da dieser Bedarf nicht voll gedeckt werden kann, ergeben sich auch aus dieser Perspektive Notwendigkeiten zur Ermittlung der kosteneffizientesten Maßnahmen und der Inanspruchnahme von Ausnahmen. Ebenfalls sind es Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte, die die Umsetzung von vorgezogenen Maßnahmen bereits jetzt sinnvoll machen. Dr. Grett stellte den Helix-Turm-Fischpass am denkmalgeschützten Kraftwerk an der Schwentine in Raisdorf, Regenerationsmaßnahmen an der Papenau und die eigendynamische Regeneration der Sieversdorfer Au vor.

Vorgezogene Maßnahmen im Umfeld des Tagungsortes dagegen referentierte die nachfolgenden Referenten. In engem Zusammenspiel mit Werner Marxen vom StUA Schleswig stellten Hans-Peter Lauer und Johann Peter Petersen die Wasser- und Bodenverbände Meyner Mühlenstrom und Linnau und die dortigen vorgezogenen Umgestaltungsmaßnahmen vor. So wurden an der Linnau in den Jahren 2001 und 2002 mit z. T. 90 %-iger Förderung

TTT September 2006



Foto: Helix-Turmfishpass in Ratsdorf (Schwentine)

eine Sohlanhebung um 1,00 – 1,20 Meter, eine Laufverlängerung mit 575 Metern und eine Sohlgleite realisiert. Bei der Planung dieser Maßnahmen als auch der Ermittlung der Gewässerentwicklungsflächen im Talraum war der Blick in historische Karten oft sehr hilfreich – so Werner Marxen. In den 4 Folgejahren nach Abschluss der technischen-baulichen Maßnahmen zeigte die belebte Natur ihr Wiederbestellungspotential – hiervon konnten sich die Teilnehmer auf der Exkursion überzeugen.

Auch der Wasser- und Bodenverband Meyner Mühlenstrom – der zum Bearbeitungsgebiet 3 gehört und der vor allem sandgeprägte Tief- und der vor allem sandgeprägte Tief- und der vor allem sandgeprägte Tief- landbäche betreut – war im Sinne der EU WRRL bereits sehr aktiv. 18

Sitzungen hat die im Zuge der Umsetzung der EU WRRL gegründete Arbeitsgruppe bereits hinter sich. Die Bestandsaufnahme mit Erstbewertung als auch die Einstufung der Gewässer in künstliche, erheblich veränderte und natürliche Gewässer sind bereits abgeschlossen. Bis Ende dieses Jahres soll das Überwachungsprogramm (Monitoring) fertig gestellt sein und bis Ende 2009 der Bewirtschaftungsplan vorliegen – dann bleiben noch 6 Jahre für die Maßnahmenumsetzung. Da die Natur mehr Entwicklungszeit und die Finanzierung längere Laufzeiten benötigt, sollen bzw. müssen vorgesehene Maßnahmen - wo es sinnvoll erscheint und möglich ist – bereits jetzt umgesetzt werden. Der Wasser- und Bodenverband Meyner Mühlenstrom kann diesbezüglich schon

TTT September 2006

Umbauten von Sohlabstürzen zu Sohlgleiten bei Unäften und Hörup vorweisen. Ebenfalls der Herstellung der Durchgängigkeit dienen die beiden Maßnahmen am Schaffflunder und Meyner Mühlenstrom.

Die Teilnehmer des Seminars nutzten an diesem Tag die beiden Exkursionen um sich über technische Details zu informieren bzw. sich vor Ort

selbst ein Bild vom Ergebnis dieser Investitionen zu machen. Insbesondere die Bauweise des Mäander-Fischpass in Meyn, der dort immerhin eine Absturzhöhe von 1,35 m überwindet, stieß auf großes Interesse.

*Torsten Sommer;
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.*



Foto: Ein Exkursionsziel am Vormittag, der Mäander-Fischpass in Meyn.

TTT September 2006



EU-Geburtstag: Ihre Ideen sind gefragt

Die Europäische Union veranstaltet einen „EU-Geburtstagswettbewerb“, um ein Logo und einen Slogan zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge 2007 zu kreieren. Logo und Slogan sollen sowohl den allgemeinen Gedanken der europäischen Kooperation als auch die Zukunft der EU im Besonderen zum Ausdruck bringen. Der Wettbewerb wird von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Kommunikation (<http://www.logo-competition.eu/>).

Mehr Informationen und die Ausschreibungsbedingungen finden Sie unter <http://www.logo-competition.eu/>.

Interkultureller Dialog 2008

Die Europäische Kommission bittet um Einsendungen von Ideen zur Förderung des interkulturellen Dialogs im Rahmen des vorgeschlagenen „Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008“. Dabei soll es sich um Ideen für Veranstaltungen, Informationskampagnen, Pro-

jekte, Partnerschaften, Erfahrungsaustausch und EU-Initiativen handeln.

Einreichfrist: 13.10.2006

Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/culture/eac/dialogue/dialogue_de.html

Jugendnetzwerk –

Zehn Jahre EURODESK in Deutschland

Wie finde ich einen Praktikumsplatz in Spanien? Wie bewerbe ich mich für den Europäischen Freiwilligendienst? Was muss ich über Au Pair in Großbritannien wissen? Diese und andere Fragen von Jugendlichen beantwortet seit nunmehr zehn Jahren die deutsche Koordinierungsstelle des europäischen Jugendinformationsnetzwerks „Eurodesk“ beim Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik

TTT September 2006

Deutschland (IJAB) e. V. in Bonn. Der Service von Eurodesk ist kostenlos: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten zum einen Jungendliche neutral und trägerübergreifend über Auslandsaufenthalte und zu den Themen Freiwilligendienst, Au Pair, Workcamps, Prakti-

kum oder Studium im Ausland, anderserseits erhalten Fachkräfte und Jugendorganisationen von Eurodesk Auskünfte zur Förderung von europäischen Projekten. Weitere Informationen: www.eurodesk.de
www.rausvonzuhause.de

e-Learning: Europäische Online-Akademie

Am 15. Oktober 2006 beginnt das neue akademische Jahr der Europäischen Online-Akademie (EOA), die vom Centre International de Formation Européenne (Nizza/Berlin), vom Jean-Mannet-Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Uni Köln sowie weiteren Partnern organisiert wird. Die EOA bietet ein inhaltliches Angebot, das E-Learning mit sogenannten Face-To-Face-Workshops (u. a. in Berlin) verbindet und somit

auch vereinbar ist mit fortlaufenden beruflichen Tätigkeiten. Das Programm richtet sich an Akademiker, Postgraduierte und Angestellte, die in öffentlichen Verwaltungen, Ministerien bzw. öffentlichen und privaten Institutionen arbeiten und fundiertes Wissen zur europäischen Integration benötigen. Anmeldeschluss 15.9.2006
Weitere Informationen: www.eu-online-academy.org

2007 – Europäisches Jahr der Chancengleichheit

Die Europäische Kommission hat das kommende Jahr zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt. Ziel dieses Aktionsjahres ist es, sicherzustellen dass die europäischen Antidiskriminierungsbestimmungen angewandt und durchgesetzt werden.

Dazu sagte der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Vladimír Špidla, „Europa muss sich um eine echte

Gleichbehandlung im täglichen Leben bemühen.“ Ferner mahnte Špidla an, Grundrechte, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit als Schlüsselprioritäten der EU-Kommission nicht zu behindern und zu verzögern.

Für die Vorbereitenden Maßnahmen im Jahr 2006, sowie für die Durchführung 2007 sind insgesamt 13,6 Millionen Euro bereitgestellt worden.

TTT September 2006

Zentrale Themen

Als zentrale Themen für das Europäische Jahr hat die Kommission Rechte, Vertretung, Anerkennung, Respekt und Toleranz vorgeschlagen. Gemeint sind die Sensibilisierung der Menschen für das Recht auf Chancengleichheit, Möglichkeiten der gesellschaftlichen Vertretung, die Würdigung und Berücksichtigung von Vielfalt, sowie ein stärkerer Zusammenhalt in der Gesellschaft, der von Toleranz und Respekt getragen wird.

Sanktionen

Es ist genau zehn Jahre her, dass das Europäische Jahr gegen Rassismus ausgerufen wurde und Artikel 13 in den EG-Vertrag aufgenommen wurde. Die EU ist seitdem berechtigt

Antidiskriminierungsvorschriften zu erlassen. Wenn einzelne EU-Mitgliedsstaaten die Antidiskriminierungsvorschriften der EU nur unzureichend umsetzen, bleibt dies nicht ohne Folgen. So wurden bereits einige Staaten vom Europäischen Gerichtshof verurteilt.

Geschlechterdimension

Innerhalb der grundsätzlichen Chancengleichheit soll der Geschlechteraspekt hervorgehoben werden. Die Kommission plant, ein Gender-Institut einzurichten sowie eine Mitteilung zur Gleichstellung der Geschlechter noch im Jahr 2006 herauszugeben.

Weitere Informationen unter:
http://ec.europa.eu/employment_social/equality2007/index_de.htm

Europa vor Ort – Warum Kommunen für Europa wichtig sind

Kommunalpolitik und Europapolitik sind direkt miteinander verwoben. Europas Städte, Gemeinden und Landkreise sind für die Europäische Kommission außerordentlich wichtig. Sie sind in Deutschland neben der EU, dem Bund und den Ländern die vierte Verwaltungsebene und bilden damit eine unmittelbare Brücke zu den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. In Deutschland ist das gesellschaftliche Leben in 12.365 Städten und Gemeinden organisiert.

Deutsche Kommunen sind europäisch aktiv und betroffen zugleich. Wer, wenn nicht die Kommunen, kann dafür sorgen, dass Europa auch wirklich dort ankommt, wo es sich im täglichen Leben der Bürger und Unternehmen abspielt? Es sind die Städte, Gemeinden und Landkreise, die den direkten Zugang zu Bürgern und Unternehmen vor Ort haben und als Scharnier zwischen der EU und den Bürgern wirken. Die kommunale Ebene ist die Keimzelle für das

Zusammenleben in Europa. Das Leben in Europa ist urban geprägt. Rund 60 Prozent der Bürger leben in größeren Ballungsräumen mit mehr als 50.000 Einwohnern. Städte sind Zentren des Wirtschaftswachstums, können aber gleichzeitig mit geballten ökonomischen, sozialen und ökologischen Schwierigkeiten konfrontiert sein.

„Einheit in Vielfalt“ – nirgends ist der Leitspruch der EU so treffend wie bei den Städten und Gemeinden. Denn so bunt und vielseitig europäische Kommunen sind, so vielschichtig ist auch ihre rechtlich-politische Stellung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Selbstständig verwaltete deutsche Gebietskörperschaften stehen beispielsweise zentral verwalteten französischen Départements gegenüber. Europas Kommunen unterscheiden sich nicht nur in ihren Aufgabenstellungen voneinander. Insbesondere sind sie in ihrer Stellung innerhalb des Staatsaufbaus und dem Grad ihrer Autonomie miteinander kaum vergleichbar. In Deutschland haben Kommunen eine besondere Stellung inne: Die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie des GG gibt den Gemeinden die Zuständigkeit für alle Aufgaben, die im gemeindlichen Zusammenleben wurzeln.

Trotz aller standortpolitischen Unterschieden leisten Europas Kommuni-

nen einen wichtigen Beitrag zur europäischen Verständigung und Einigung und einer aktiven europäischen Bürgerschaft. „Einander besser kennen und verstehen lernen“, lautete die ursprüngliche Idee für Städtepartnerschaften, die in Europa kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstand. Heute bringt die Initiative Städte und Kommunen aus ganz Europa zusammen und sorgt für eine enge Verbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Für den europäischen Einigungsprozess sind die über 5.000 Städtepartnerschaften in Europa ein wichtiger Baustein. Sie sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Bürgerinnen und Bürger die Integration Europas auf lokaler Ebene vorantreiben können. Daher fördert die EU Städtepartnerschaften mit durchschnittlich mit bis zu zehn Millionen Euro im Jahr. Partnerschaften fördern den Austausch unterschiedlicher Erfahrungen und eröffnen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihren kulturellen und gesellschaftlichen Horizont zu erweitern. Reichtum und Vielfalt des kulturellen Erbes in Europa manifestieren sich überwiegend in Europas Städten.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität ist die Idee der „Kulturhauptstadt“, die seit 1986 besteht. Was als europäische Kulturinitiative im Kleinen begann, wird

TTT September 2006

mittlerweile als Investition in die kulturelle Infrastruktur gefeiert, mit nicht zu vernachlässigenden wirtschaftlichen Vorteilen für die Prämierten. Das Beispiel Essen, der Kulturhauptstadt 2010, wird dies erneut bestätigen, da auch das regionale Umfeld nachhaltig miteinbezogen werden soll. Um Kulturen und Ländern in Europa einander näher zu bringen und sich auf die gemeinsamen kulturellen Wurzeln zu besinnen, ist gerade nach der Osterweiterung und vor dem Hintergrund der Ratifizierung einer europäischen Verfassung die kulturelle Dimension der lokalen Ebene von größter Bedeutung.

Kommunales Selbstbewusstsein erlebt spätestens seit den 80er Jahren auch auf europäischer Ebene eine politische Renaissance. Nicht nur, dass sich die Europäische Kommission für eine effektive Beachtung und Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union einsetzt. Das Prinzip besagt, dass Entscheidungen stets auf der niedrigstmöglichen Verwaltungsebene und somit in größtmöglicher Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern zu treffen sind. Bisher wichtigstes völkerrechtliches Dokument aus kommunaler Sicht ist die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (ECKS) des Europarates von 1985. Die Charta wurde von fast allen EU-Mitgliedsstaaten – auch von

Deutschland – völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. Sie ist aus Sicht der EU-Kommission eine wichtige Grundlage für die Stärkung der lokalen Demokratie im Integrationsprozess der Europäischen Union. Die Europäische Union ist seit dem Maastrichter Unionsvertrag 1992 den Weg der kommunalen Selbstverwaltung weitergegangen. Im Entwurf für einen Verfassungsvertrag sind unter Berücksichtigung der unterschiedlich gewachsenen Strukturen in Art. I-11 Abs. 3 die Prinzipien Bürgernähe, Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung – erstmalig auf EU-Ebene – verankert. Erstmal werden die lokale und die regionale Ebene als Bezugspunkte für das Subsidiaritätsprinzip genannt. Die kommunale Selbstverwaltung wird als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten anerkannt. Grundsätzlich sind damit An gelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Brüssel beeinflusst viele kommunalpolitische Fragen – zwei von drei europäischen Gesetzen greifen direkt in das Leben vor Ort ein. Über 60 Prozent aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen entstehen heute auf EU-Ebene: Sei es im Bereich der Energie- und Umweltpolitik, der Abfall- und Abwasserentsorgung, bei der kommunalen Daseinsvorsorge, den Strukturfonds

oder einheitlichen Regeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Besonders im Bereich Umweltschutz, Lebensmittelkontrolle und Veterinärrecht wird deutlich, dass EU-Entscheidungen nur greifen, wenn auf kommunaler Ebene die entsprechenden Umsetzungen erfolgt. In der Regel treffen europäische Gesetze nicht unmittelbar kommunale Gebietskörperschaften. Vielmehr erfolgt die europäische Rechtssetzung mittels Richtlinien, die den nationalen Gesetzgeber zur Umsetzung in innerstaatliches Recht verpflichtet. Kommunen müssen ihrerseits EU-weit öffentlich ausschreiben, wenn Aufträge im Straßenbau, bei der Verlegung von Kabelnetzen oder für Kläranlagen, ein bestimmtes Volumen bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen überschreiten.

Das Europa der Kommunen steht im Spannungsfeld zwischen europäischem Binnenmarkt und Wettbewerbsvorschriften einerseits und den Strukturen der kommunalen Dienstvorsorge in Deutschland andererseits. Städte und Gemeinden sind Dienstleister im Interesse des Gemeinwohls und decken die Grundbedürfnisse der Zivilgesellschaft ab. Gleichzeitig kommt ihnen eine wichtige Rolle bei Europas Wettbewerbsfähigkeit zu. Städte und Gemeinden in Deutschland, aber auch in den anderen europäischen Staaten, äußern ihre Sorge, dass durch

die Maßnahmen der Europäischen Kommission, bestärkt durch wegweisende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes etwa im „Altmark Trans“ Urteil zu Beihilfekontrollen im öffentlichen Personennahverkehr, die kommunale Dienstvorsorge als unverzichtbarer Teil der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie ausgehöhlt und beeinträchtigt werden könnte. Dessen ungeachtet profitieren Europas Kommunen von dem gemeinsamen Binnenmarkt. Er fördert die regionale Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation. Schätzungen der EU-Kommission zu Folge hat der Binnenmarkt seit 1993 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und einen zusätzlichen Wohlstand von über 800 Milliarden Euro erzeugt.

Umso mehr gilt es, die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der Städte und Gemeinden in Europa ernst zu nehmen und sie bereits am Anfang des europäischen Entscheidungsprozesses einzubeziehen. Mit der Errichtung des Ausschuss der Regionen (AdR) seit 1994 setzt die Europäische Union ihre in der Präambel zum Maastrichter Unionsvertrag formulierte Absicht um, „den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen“. Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses der Regionen

TTT September 2006

ist die Erarbeitung von Stellungnahmen, in denen herausgehoben wird, in welchen Punkten der Ausschuss mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission übereinstimmt und in welchen Punkten er Änderungen für notwendig hält. Die Stellungnahmen der AdR sind für die Europäische Kommission Information und Ratschlag zugleich. Seit ihrer Gründung im Jahre 1951 äußert zudem die größte Organisation der lokalen und regionalen Regierungsebene in Europa, der europäischen Spitzenverband „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE) und seine deutsche Sektion, erfolgreich seine Interessen in Brüssel. Die fachpolitischen Gespräche etwa zur Reform der Strukturfonds und zu den Perspektiven der ländlichen Entwicklung in Europa stoßen bei der Europäischen Kommission auf offene Ohren.

Die Europäische Kommission unterstützt Kommunen und Regionen aktiv durch die Vergabe von EU-Fördermitteln. EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner hat jüngst ein Strategiepapier zum Thema „Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ vorgelegt. In diesem Papier wird eine Agenda für die Förderung eines stärker integrierten Ansatzes zur städtischen Entwicklung aufgestellt, der zu mehr Wachstum, Beschäftigung,

sozialer Einbeziehung und einer besseren Umweltqualität führen soll. Die Vorschläge sind Teil einer reformierten Politik der EU-Kommission zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa. Im Zeitraum von 2007 – 2013 sind dafür 34 Prozent der Mittel vorgesehen.

Die EU-Kommission spricht sich dafür aus, lokale Partner stärker als bislang mit der Umsetzung der Strukturförderprogramme durch die Mitgliedstaaten zu betrauen. Die Regionalpolitik der Europäischen Union basiert auf dem Prinzip der finanziellen Solidarität. Ein Teil der Beiträge der Mitgliedstaaten zum Gemeinschaftshaushalt wird an benachteiligte Regionen und soziale Gruppen umverteilt. Deshalb ist die europäische Regionalpolitik, die von dem europäischen Strukturfonds und dem europäischen Kohäsionsfonds finanziert wird, Ausdruck der Solidarität unter den Menschen in der Union. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der EU nach Osten. Hier sind Kommunen als Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ganz besonders gefordert. Je unwichtiger Grenzen in Europa werden, desto wichtiger werden die Grenzregionen und ihre Zusammenarbeit. Mit Blick auf die Globalisierung haben die Europäerinnen und Europäer keineswegs exakt die gleichen Chancen.

Diese hängen stark davon ab, ob sie in einer florierenden oder einer benachteiligten Region, in einem dynamischen oder einem krisenbetroffenen Gebiet, auf dem Lande oder in der Stadt, an der Peripherie der Union oder einem der zentralen Wirtschaftsstandorte leben.

Der europäischen Kommunalpolitik wird damit eine neue Dimension zuteil: Das Hauptziel der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist es, die Europäische Union zu einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftszonen der Welt zu machen. Der Ausgangspunkt für dieses ehrgeizige Ziel sind die Kommunen und Unternehmen vor Ort. Die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Investitionen in innovative Technologien der E-Ökonomie hängen von den Wirtschaftsakteuren und den nationalen, regionalen und lokalen Behörden ab. Auch die Modernisierung von Politik und Verwaltung etwa durch elektronische Behördendienste, „eGovernment“, trägt vor Ort dazu bei, dass Bürokratie abgebaut, Investitionen in zukunftsweisende Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ausgeweitet, Telekommunikationsnetze ausgebaut und Formen der aktiven Politikgestaltung für die Zukunft fit gemacht werden. „Global denken – lokal handeln“, damit kommt den Städten und Ge-

meinden nicht zuletzt eine Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung auch im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu.

Und schließlich kommt den Kommunen bei der Vermittlung von europäischen Inhalten eine große Rolle zu. Im Laufe der letzten 20 Jahre ist die Europäische Union umgestaltet worden. Sie hat eine ganze Reihe von Aufgaben übernommen, die sich auf vielfältige Weise auf das Leben der Bürger vor Ort auswirken. Die Kommunikation der EU mit den Bürgern und die Vermittlung von europäischen Politikinhalten hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Die EU-Kommission hat im Oktober 2005 einen „Plan D“ für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion auf den Weg gebracht, mit dem die Bürger in eine weitreichende Diskussion darüber eingebunden werden: Wofür steht die EU, wohin bewegt sie sich und wofür soll sie sich einsetzen. Ein partnerschaftlicher Ansatz ist dabei von grundlegender Bedeutung. Die Integration der Bürger in die Debatte über Europa und der Erfolg dieser Initiative steht und fällt mit den Schlüsselakteuren und damit auch den lokalen Behörden, den Städten und Gemeinden in Europa. Sie sind unsere strategischen Partner.

Im Jahr 2007 jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge

TTT September 2006

zum 50. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums organisieren das Auswärtige Amt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Gebietskörperschaften eine bundesweite Informations- und Dialogkampagne über die Zukunft und den Mehrwert der EU. Unter dem Motto „Die EU ist 50 – 50 Städte sind dabei“ führt sie 2007 durch ganz Deutschland, darunter auch in 15 ostdeutsche Städte. Bereits 2006 sind 17 weitere Städte Ostdeutschlands in eine Informationstour über Europa eingebunden. Denn jüngste Umfragen haben gezeigt, dass ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im europäischen Vergleich am wenigsten über die Europäische Union wissen. Gleichzeitig fragen besonders junge Ostdeutsche Informationen über Europa nach. Auf dem Programm stehen Diskussionsveranstaltungen zur

EU, Simulationsspiele mit Jugendlichen, eine Ausstellung zur Europäischen Union und Informationsstände, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform bieten, ihre Wünsche, Ideen und Ängste zu äußern und mit kompetenten Gesprächspartnern zu diskutieren.

Dies wird eine gute Gelegenheit sein, europäische Themen vor dem Hintergrund der lokalen Rahmenbedingungen zu erörtern und nicht zuletzt, um einen lokalen Bezug zur EU-Politik herzustellen. Wer könnte dies besser leisten als die Kommunen selbst? Sei es bei der europäischen Kohäsionspolitik oder dem Dialog über die Lissabon-Strategie. Bürger, Kommunen und Europäische Institutionen müssen bei Politikkinitiativen auf EU-Ebene an einem Strang ziehen.

*Dr. Gerhard Sabathil, Leiter
der Vertretung der Europäischen
Kommission in Deutschland*

Europa den Menschen erklären

Die Überzeugung, dass Europa eine gute Sache ist, teilt zwar immer noch die Mehrheit der Deutschen, doch die Zahl der Zweifler nimmt zu.

60 Jahre Frieden auf unserem Kontinent und die Tatsache, dass in kaum einer anderen Weltregion der Wohl-

stand der Menschen so hoch ist wie in der EU, sind selbstverständlich geworden – einerseits ein durchaus beruhigender Zustand.

Andererseits schwindet bei vielen Menschen gerade wegen der Selbstverständlichkeit dieser Errungenschaften der EU die Einsicht, dass

das Erfolgsmodell Europa weiterentwickelt werden muss, um auch in Zukunft das Erreichte zu sichern. Europa muss, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung im Mai formuliert hat, gegenüber den Menschen „neu begründet werden“.

Neue Wege gehen

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben daher Ende 2005 beschlossen, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland für Europa zu werben. Die EU-Kommission hatte nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden mit dem so genannten „Plan D“ ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neu überdacht. Im Mittelpunkt steht dabei, mehr auf die Informationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einzugehen und den Dialog zwischen Politik und Bevölkerung auszubauen.

Auch in Deutschland hat sich einiges bewegt. Die Sensibilität für Europa und die Einsicht, die Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen stärker als bisher mitzunehmen, ist seit 2005 gewachsen. Die Bundeskanzlerin erklärte im Mai 2006 vor dem Bundestag: „Wir müssen den Stand des Projekts Europa kritisch überprüfen. Wir müssen den Bürger in den Mittelpunkt stellen und seine Fragen beantworten.“

EU und Bundesregierung „investieren“ in Informationsarbeit

Die Bundesregierung hat im vergangenen Dezember als erster Mitgliedsstaat der EU eine Verwaltungspartnerschaft unter dem Dach der „Aktion Europa“ mit der Europäischen Kommission abgeschlossen. Ziel ist es, das Informationsangebot zur Europapolitik deutlich zu erweitern und mit gemeinsamen Aktionen zu intensivieren.

Diese Partnerschaft mit der Bundesregierung ist für die Europäische Kommission ein Pilotprojekt. Nach diesem Beispiel sollen weitere Verwaltungspartnerschaften mit anderen Mitgliedsstaaten abgeschlossen werden.

Vereinbart wurde: Die Europäische Union gibt zusätzliches Geld für Informationsmaßnahmen in Deutschland, die Bundesregierung setzt die Maßnahmen um. Allein im Jahr 2006 werden insgesamt rund eine Million Euro in diese Partnerschaft fließen.

Das Projekt ist vorerst bis 2008 angelegt. Die „Aktion Europa“ soll dabei die Informationsarbeit der Bundesregierung und der EU-Institutionen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die konkreten Einzel-Projekte werden von einer Koordinierungsgruppe konzipiert und beschlossen. Dieses Gremium besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Presse- und Informationsamtes der Bundes-

TTT September 2006

regierung, des Auswärtigen Amtes, der Vertretung der EU-Kommission und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland.

Die „Aktion Europa“ setzt auch auf den Dialog mit der Gesellschaft. Viele tausend Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich für die europapolitische Informationsarbeit. Deren Erfahrungen und Verwurzelung vor Ort soll stärker genutzt werden.

Im Auswärtigen Amt tagt daher regelmäßig ein Runder Tisch aus Vertreterinnen und Vertretern der gesellschaftlichen Organisationen, von denen Ergebnisse sich die „Aktion Europa“ leiten lässt. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger direkt anzusprechen.

Zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht

Drei Projekte sind gegenwärtig in der Umsetzung:

- Ein Europäischer Jugendkongress wird im November 2006 in Berlin stattfinden.
- Im Herbst 2006 wird eine Informationstour durch zwölf Städte in den neuen Ländern führen.
- Bundesweit werden im Herbst und Winter 2006/2007 80 Informationsveranstaltungen an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen durchgeführt.

Derzeit werden weitere Projekte vorbereitet: Im Frühjahr 2007 wird zum

50. Jubiläum der Römischen Verträge eine Informationstour der Bundesregierung, der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments durch 50 deutsche Städte fahren. Mit Info-Pavillons und spielerischen Aktionen soll auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen über Europa informiert werden.

Außerdem soll von Studierenden deutscher Filmhochschulen ein Film über Europäische Werte gedreht werden, der unter anderem in der politischen Informations- und Bildungsarbeit eingesetzt werden soll. Ein weiteres Projekt soll jugendliche Reakteure von Schülerzeitungen für EU-Themen begeistern. Dazu werden bundesweit 60 entsprechende Workshops durchgeführt.

Die „Aktion Europa“ hat außerdem ein Zuschussprogramm über 250.000 Euro aufgelegt, mit dem europapolitische Informationsprojekte von gesellschaftlichen Organisationen gefördert werden. Alle Projekte der „Aktion Europa“ werden im Wettbewerb durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ausgeschrieben. Die Ausschreibungen werden in den verschiedenen Ausschreibungsportalen der EU und des Bundes sowie auf der Internetseite der „Aktion Europa“ veröffentlicht.

Weitere Informationen unter: www.bundesregierung.de/aktion-europa
 Aus: *Die Bundesregierung: e.public, das europa-magazin, Nr. 042 08/2006*



Literatortipps

Neu: Motivation und Qualifikation für Aufgaben in der Ländlichen Regionalentwicklung – Hauptamt und Ehrenamt

Bei der vorliegenden Dokumentation handelt es sich um die Kurzfassung der von der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswigs-Holsteins in Auftrag gegebenen Studie von Herrn Prof. Dr. Götz v. Rohr und Frau Dr. Brigitte Wotha zur „Motivation und Qualifikation für Aufgaben in der Ländlichen Regionalentwicklung – Hauptamt und Ehrenamt“. Die Untersuchung knüpft an die Wirkungsanalyse des Instruments LSE an (extra/Ausgabe 6/2004) und betrachtet ihren dynamischsten Faktoren genauer, das partnerschaftliche Zusammenwirken zwischen kommunalen Ver-

waltungen und ehrenamtlichen Akteuren/innen. Diese Ressource gilt es auszubauen, effektiv und effizient zu gestalten und nicht zuletzt allen Beteiligten die Freude an ihrem Engagement zu erhalten.

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., „extra“ / Ausgabe 7 / Juli 2006, zu bestellen in der Geschäftsstelle, kostenlos.

Die vollständige Untersuchung erhalten Sie auf Anfrage in der Geschäftsstelle per CD-ROM oder als PDF-Datei zum Herunterladen von der Website der ALR.

Ländliche Räume und Metropolregionen: Partner oder Konkurrenten?

Dokumentation einer Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum am 25.10.2005 in Neumarkt i.d. Pfalz.

Die in dieser Veröffentlichung zusammengestellten Vorträge bieten viele Impulse für die aktuellen Themen Metropolregionen und die neu zu definierenden Beziehungen zwi-

sehen Stadt und ländlichem Raum, u.a. mit Ergebnissen und Erfahrungen aus der Metropolregion Hamburg.

Bezugsquelle: Geschäftsstelle der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Postf. 401105, 80711 München, Tel.: 089/1213-2001, Preis: 8 Euro

TTT September 2006

Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit – Lippenbekenntnis oder professionelle Praxis von Regionalmanagements?

Dokumentation einer Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft Schweiz am 11.10.2005 in Friedrichshafen.

Die Veröffentlichung beinhaltet Impulse aus Theorie und Praxis, Berichte über die Erfahrungen mit Regional-

managements aus Bayern, Tirol und der Schweiz sowie eine Zusammenfassung zu den Strategieüberlegungen aus dem Arbeitsforum der Tagung.

Bezugsquelle: Geschäftsstelle der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Postfach 401105, 80711 München, Tel.: 089/1213-2001, Preis: 8 Euro

VZBV Buch zur Zukunft des ländlichen Raums

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat eine Publikation mit dem Titel „Hat der ländliche Raum eine Zukunft?“ herausgegeben. Der erste Teil des Buches beinhaltet die Beiträge einer gleichnamigen Tagung des vzbv vom Juni 2005. Teil zwei umfasst eine aktuelle vzbv Studie zur Versorgungssituation der Verbraucher im ländlichen Raum mit Waren des täglichen Bedarfs.

Das Buch ist im Berliner Wissenschafts-Verlag (BWV) als Band 9 der Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik erschienen.

Weitere Informationen: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Berlin, Jutta Jaksche, Tel.: 030/25800-436, E-Mail: jaksche@vzbv.de, www.vzbv.de

Landkreistag mit Publikation zur Leistung des ländlichen Raums

Der Deutsche Landkreistag hat eine Broschüre zur Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des ländlichen Raums veröffentlicht. Der Titel lautet „Starke Landkreise gestalten Zukunft des ländlichen Raums“. Die Veröffentlichung ist als Grundsatzpapier des Bundesverbandes der 323 Landkreise zu verstehen. Sie ist

als Band 57 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der deutschen Landkreise erschienen.

Markus Mempel, Deutscher Landkreistag, 10785 Berlin, Tel.: 030/590097-312, E-Mail: markus.mempel@landkreistag.de, www.landkreistag.de

Landschaften in Deutschland – Werte der deutschen Heimat

Herausgegeben vom Leibniz Institut für Länderkunde e.V. Leipzig und von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.
Die landeskundliche Beschreibung ausgewählter Landschaften – bisher vor allem für den ostdeutschen Raum – in all ihren Facetten ist das Anliegen dieser traditionsreichen Reihe, deren Einzelbände seit 1957 in ununterbrochener Folge erscheinen. Naturraum, Geologie, Klima und Böden der Gebiete werden genauso

vorge stellt wie historische Entwicklungen, Brauchtum und Denkmalpflege. Die beiden jüngsten Bände (68, 69) behandeln das „Nördliche Vogtland um Greiz“ und „Brandenburg/Havel und Umgebung“, Preis je: 29,90 Euro.
Bezugsquelle und weitere Informationen: Böhlau Verlag, Ursulaplatz 1, 50668 Köln, Tel.: 0221/913900, Internet: www.boehlau.de oder beim Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. www.ifl-leipzig.de

Bioenergie: ISH-Film bundesweit in Schulen

Jugendliche für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt zu sensibilisieren ist das Ziel von „Um Welten besser“, einer Mappe mit Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe I, die vom Care-Line Verlag in Kooperation mit McDonalds Deutschland kostenlos an Lehrer herausgegeben wird. Highlight in der überarbeiteten Fassung ist eine DVD auf der Beispiele der

Bioenergie Nutzung aus Schleswig-Holstein zu sehen. Dabei handelt es sich um Ausschnitte aus dem Film „Zukünftig Bioenergie“, der im Auftrag von Wirtschaftsministerium und Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) gedreht wurde.
Kostenlose Bestellung und weitere Informationen über die Internetadresse: ww.unterrichtsmappen.care-line.de

Die LSE Schleswig-Holsteins – Wirkungsanalyse eines Instruments der Entwicklungsförderung ländlicher Räume

Ergebnisse des Forschungsprojektes im Auftrag der Akademie für die Ländlichen Räume. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Hol-

steins e.V., „extra“/Ausgabe 6/Juni 2004, zu bestellen in der Geschäftsstelle, Preis: 8 Euro inkl. Versandkosten (für Mitglieder kostenlos).

TTT September 2006

Zukunft gestalten:

Jugend als Partner – Gemeindepolitik mit Kindern und Jugendlichen

Dokumentation der gleichnamigen Regionalkonferenzen in Heide und Bad Segeberg im Herbst 2003.

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., „extra“/Ausgabe 5/April 2004, zu bestellen in der Geschäftsstelle, kostenlos.

Die Referate und Statements von Landrat Dr. Jörn Klimant, Staatssekretär

Mathilde Diederich, Klausur-Dieter Dehn und Dr. Heide-Rose Brückner werden durch fünf unterschiedliche Praxisbeispiele anschaulich gemacht. Sie zeigen, wie der § 47f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in Gemeinden und Städten, auf Amtsebene und in einer LEADER-Region umgesetzt werden kann.

Naturschutz und Landwirtschaft – neue Überlegungen und Konzepte

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2002, zu bestellen in der Geschäftsstelle, Preis: 8 Euro inkl. Versandkosten.

Tagungsband der gleichnamigen wissenschaftlichen Tagung vom 14.-16. März 2001 mit 15 Vorträgen der aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz stammenden Referenten.

Pro-Regio-Online – das Informationsnetzwerk für Literatur und Publikationen zum ländlichen Raum –

Eine wahre Fundgrube für Lesefreudige stellt die Internetseite www.pro-regio-online.de dar. Ziel dieser Webseite ist es eine Übersicht über Publikationen zu geben, die sich mit dem ländlichen Raum insbesondere aus soziologischer und kulturhistorischer Sicht befassen. Eine systematische Darstellung von Publikationen sowie viele Links zu anderen Websites machen die Seite zu einer wichtigen Recherchequelle. Die Website knüpft an die frühere Zeitschrift „Pro Regio“ an. Die Autoren der Seite, Albert Herrenknecht und Jürgen

Wohlfahrt, stellen ihr Wissen kostenfrei zur Verfügung, mit der Absicht, den ländlichen Raum in der öffentlichen Diskussion zu halten. Ihre Auswahl an Tipps bleibt naturgemäß subjektiv und ist geprägt von einem selbstbewussten „Provinz-Denken“ sowie den Ansätzen einer Nachhaltigen Regionalentwicklung.

(Auszüge aus der Rezension aus: Zeitschrift „Ländlicher Raum“ Nr. 2. März/April 2005), Hrsg. Agrarsoziale Gesellschaft e.V., ISSN 0179-7603)



Texte

Die Zukunft der ländlichen Räume aus der Sicht der Landesregierung

Rede des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Dr. Christian von Boetticher im Rahmen der Veranstaltung: „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“, am 31. August 2006 im CJK in Breklum

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Landesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, die ländlichen Räume als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die hohe Priorität dieses Zieles können Sie allein daran ablesen, dass Ministerpräsident Carstensen es sich nicht hat nehmen lassen, persönlich bei der Eröffnung dieser Veranstaltungsreihe als Redner dabei gewesen zu sein.

In der Koalitionsvereinbarung haben wir als Ziel die nachhaltige Weiterentwicklung des ländlichen Raumes gemäß den drei Säulen der Agenda 21 (Ökologie, Ökonomie, Soziales) verankert. Alle drei Säulen sind für mich gleich wichtig. Angestrebt wird dies auf der Grundlage eines integralen Ansatzes für die ländlichen Räume, in dem alle Belange von Naturschutz, Tourismus, Kultur, Landwirtschaft und Wirtschaft berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang verstehe ich mich am Kabinetttisch als Anwalt für die Interessen der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein. Und das geht weit über die EU-Förderpolitik hinaus, auch wenn Fördermittel natürlich wichtig sind, um bestimmte Ziele zu erreichen. Politik für die ländlichen Räume muss nach meiner Auffassung ein umfassender, fachübergreifender Ansatz sein. Dabei kommt mir – das will ich gerne betonen – der Neuzuschnitt meines Ministeriums gegenüber den auf mehrere Ressorts verteilten Zuständigkeiten bei der Vorgängeregierung sehr entgegen. Viele wichtige Themenfelder von der Landwirtschaft und der Förderpolitik für die ländlichen Räume bis hin zu Naturschutz und Wasserwirtschaft sind nun in einem Haus vereint. Das erleichtert eine Politik aus einem Guss. In den letzten Wochen gab es in Fachkreisen, aber in gewissem Umfang auch in der interessierten Öff-

TTT September 2006

fentlichkeit, eine kontroverse Diskussion über die von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30. Juni verabschiedeten „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Bauernverband haben in einem bemerkenswerten gemeinsamen Positionspapier die Konzentration auf Metropolregionen kritisiert. In dem Papier von Landkreistag und Bauernverband heißt es:

„Der Metropolansatz reißt neue Gräben zwischen Stadt und Land auf: (...) uerst fragwürdig ist es, wenn der Staat unter dem Motto „Stärken stärken“ nur noch mögliche Boombranchen bzw. -regionen strukturell stärken will.“

Ich kann diese Kritik gut nachvollziehen. Und ich wchte gleich klarstellen, dass es eine solche Förderpolitik, die sich – wie hier befürchtet – nur noch auf einige Regionen oder Cluster konzentriert, in Schleswig-Holstein nicht geben wird. Ich werde auf das Zukunftsprogramm Ländliche Räume, das wir für die kommenden Förderperiode auflegen werden, noch zu sprechen kommen. Ich glaube aber, es geht bei der Kritik dieser Leitbilder im Kern gar nicht vorrangig um materielle Dinge.

Es geht auch nicht darum, völlig in Abrede zu stellen, dass in den Leitlinien nicht auch viel Richtiges stnde. Hier geht es um etwas anderes.

Es geht um Wertschätzung. Und da ist der Duktus dieser neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung“ schon ein wenig befremdend. Wenn man sie sich nämlich diese Leitbilder einmal aus der Sicht eines Bürgers einer ländlichen Region genauer anschaut, muss man den Eindruck bekommen, dass allein der Wohnort ihn zum „Verlierer“ macht.

Er wohnt – so muss er denken – also nicht im schönen Nordfriesland, sondern in einer Region, die gestelzt als „weiterer metropolitane Verpflechtsraum einschließlich ländlicher Räume“ charakterisiert wird. Das hört sich an wie eine Steigerungsform der Bedeutungslosigkeit: „nicht Metropole, nicht mal ihr eigentlicher Verpflechtsraum, sondern „einschließlich“ – spricht: „ferner liefern“. Das können wir so nicht stehen lassen.

Die ländlichen Räume sind nicht nur schöne Kulisse für die Metropolen, sozusagen nicht vermeidbares Beiwerk, weil nun eben nicht alles Metropole sein kann. Nein, die ländlichen Räume hier in Schleswig-Holstein haben eine eigenständige Identität und eine eigene Vitalität, die sich zunächst einmal nicht von anderen Nachbarregionen ableitet.

Wir sollten aber realistisch sein. Natürlich stehen städtische und ländliche Regionen in einer engen Beziehung zueinander.

Und natürlich profitiert Schleswig-Holstein auch von der Metropolregion Hamburg. Beziehungen zwischen Stadt und Land sind wichtig für eine dynamische Entwicklung, und wir fördern sie ja auch beispielsweise in den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE). Aber Voraussetzung ist immer – und da werden mir die hier anwesenden Kommunalpolitiker sicher zustimmen – dass auf gleicher Augenhöhe miteinander gesprochen wird. Wir wollen keine „feindliche Übernahme“ der ländlichen Räume durch die Städte, und schon gar nicht durch eine Metropolregion.

Nehmen wir die ländlichen Räume noch etwas genauer in unser Blickfeld. Auch wenn der Begriff es suggerieren könnte: „Ländliche Räume“ sind keine homogenen, einheitlichen Regionen. Schon die Abgrenzung zu den Städten und ihren Verdichtungsräumen ist nicht ganz eindeutig. Darüber kann man lange akademische Diskussionen führen.

Pragmatisch können wir die ländlichen Räume – wenn auch nicht trennscharf – in drei Kategorien unterteilen.

Die 1. Kategorie profitiert aufgrund ihrer Nähe zu Gravitationszentren wie – nennen wir sie beim Namen – der Metropolregion Hamburg unmittelbar von deren wirtschaftlicher Attraktivität und Prosperität.

Die 2. Kategorie kann davon aufgrund der Stadtferne nicht unmittelbar profitieren, die Regionen dieser Kategorie sind aber auch künftig aus eigener Kraft zu einer stabilen Entwicklung (wirtschaftlich, sozial) in der Lage.

Für die 3. Kategorie wird genau dies schwierig. Die neuen Leitbilder für Raumentwicklung nennen diese Regionen übrigens etwas verschämt „Stabilisierungsräume“. Die allgemeine demografische Entwicklung wird hier wegen fehlender Arbeitsplätze durch Abwanderung verschärft, und dies führt zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen mit der Gefahr einer regelrechten Abwärtsspirale.

Wenn wir ganz Deutschland in den Blick nehmen, dann wird klar, dass die Problemregionen der Kategorie 3 vor allem in den peripheren Regionen der Neuen Bundesländer, aber auch beispielsweise in einigen Altindustrieregionen Westdeutschlands liegen. Dort ist die Abwanderung vor allem junger Menschen ein massives Problem. Schleswig-Holstein hat davon bislang durch einen gewissen Bevölkerungszuwachs sogar profitiert.

Für unser Land können wir feststellen, dass unsere ländlichen Räume den Kategorien 1 und 2 angehören. Auch die peripheren Regionen Schleswig-Holsteins gehören derzeit in die Kategorie 2, und wir haben ei-

TTT September 2006

ne gute Chance, dass dies auch künftig so bleibt. Diese kurze Betrachtung soll zwei Gesichtspunkte verdeutlichen, die mir wichtig sind:

Zum Einen: Es macht für uns hier in Schleswig-Holstein keinen Sinn, in der politischen Diskussion die ländlichen Räume und die Metropolregion Hamburg zu einem Gegensatzpaar hoch zu stilisieren. So nach dem Motto: wenn wir zu viel für die Metropolregion tun, vernachlässigen wir automatisch die ländlichen Räume. Nein, die Handlungsmaxime muss vielmehr lauten: das Eine tun, ohne das Andere zu lassen. Und wir können dann mit einer gewissen Gelassenheit zur Kenntnis nehmen und uns darüber freuen, dass unsere ländlichen Räume von der Metropolregion Hamburg auch deutlich profitieren. Oder anders ausgedrückt:

Wenn es die Metropolregion nicht gäbe, hätten wir auch in den ländlichen Räumen mehr Probleme (Trend zur Kategorie 3).

Zum Anderen: Der nur kurz angerissene deutschlandweite Vergleich zeigt, dass unsere ländlichen Räume in Schleswig-Holstein in einer vergleichsweise guten Startposition sind, um die Zukunft zu meistern. Das sollten wir nutzen.

Allgemeine Herausforderungen und Chancen für die ländlichen Räume in SH

Wie werden sich nun die ländlichen Räume künftig entwickeln? Welches

sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen? Eine ganz zentrale Bedeutung hat – es klingt schon an – die demografische Entwicklung.

Für Schleswig-Holstein werden regional sehr unterschiedliche Entwicklungen prognostiziert. Es gibt also auch keine allgemeingültigen Rezepte, wie man darauf reagieren muss.

Mittelfristig – d.h. bis 2015 – werden wir in vielen ländlichen Regionen sogar noch einen leichten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben. Aber generell wird es auch eine starke Verschiebung hin zu älteren Bevölkerungsgruppen geben. Auf den Punkt gebracht:

Wir werden zunächst mal nicht weniger, aber wir werden immer älter.

Daraus ergeben sich Herausforderungen und auch Chancen. Ich bin froh darüber, dass in vielen ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins bereits Überlegungen initiiert wurden, wie dieser demografischen Herausforderung begegnet werden kann (z.B. in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg sowie in der Region Schwentinetal/Barkauer Land).

Angesichts der demografischen Entwicklung und knapper finanzieller Ressourcen der Kommunen wird eine zentrale Herausforderung der Zukunft sein, wie die soziale und technische Versorgungsinfrastruktur auf einem attraktiven Niveau gesichert werden kann.

Dazu zählen z. B. Kindergärten, Schulen, die Grundversorgung und die medizinische Versorgung, der öffentliche Nahverkehr und eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur.

Auch künftig wird ein Hauptthema der ländlichen Entwicklung sein, wie die regionale Wirtschaftskraft gestärkt, wie attraktive Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können.

Schleswig-Holstein ist nach wie vor ein agrarisch geprägtes Land; die Sicherung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und flächeneffizienten Land- und Forstbewirtschaftung einschließlich des vor- und nachgelagerten Bereiches bleibt daher ein wichtiges Ziel. Wir werden den Strukturwandel nicht aufhalten können, aber wir können und werden auch als Landesregierung dazu beitragen, dass sich zukunftsfähige Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft auch wirklich entwickeln können.

Ich möchte nicht bei den Herausforderungen stehen bleiben. Die ländlichen Regionen haben auch ganz spezifische Stärken – vor allem im Vergleich mit den städtischen Räumen und Verdichtungsregionen. Ziel muss es sein, diese Potenziale für die gesamte Gesellschaft zu erschließen. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass die in den ländlichen Räumen lebenden Menschen sich ihrer besonderen Stärken bewusst sind und diese selbstbewusst nutzen.

- Ländliche Regionen bieten eine hohe Lebensqualität für bestimmte Zielgruppen (mit Werten wie gesunde Umwelt, intakte Natur, Überschaubarkeit, Gemeinschaft).

- Unsere ländlichen Räume bieten ein reiches Naturerbe und eine vielfältige Kulturlandschaft. Diese Ressourcen müssen wir erhalten und entwickeln.

- Gemeinschaft/Solidarität: das Verantwortungsgefühl der Menschen ist auf dem Dorf leichter zu wecken; wesentliche Voraussetzungen hierfür sind Überschaubarkeit und Identität.

- Es gibt ein hohes kreatives Potenzial der Menschen im ländlichen Raum. Dies zeigt sich durch einen relativ hohen Anteil innovativer Projekte in den verschiedenen Sektoren (Grundversorgung – Beispiel: MarktTreff; regenerative Energien – Beispiel: Bürgerwindpark, Solarenergie; öffentlich private Partnerschaften – Beispiel: Dienstleistungszentrum Eggebek).

Zukunftsprogramm Ländlicher Raum und Initiative AktivRegion Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich jetzt auf die Weiterentwicklung der Förderpolitik speziell für den ländlichen Raum zu sprechen kommen.

TTT September 2006

Wie Sie wissen, ordnet die EU ihre Förderperioden in – Herr Bischof Knuth, ich möchte sagen, geradezu biblisch anmutende – 7-Jahres-Perioden. Die Landesregierung nimmt die neue, im kommenden Jahr beginnende Förderperiode zum Anlass, ihre Förderpolitik auf der Grundlage der EU-Vorgaben neu auszurichten. Es wird vier gleichrangige Zukunftsprogramme geben. Die Zukunftsprogramme ländlicher Raum, Fischerei, Wirtschaft und Arbeit. Sie sind gleichrangig und ergänzen einander.

Das noch Ende des Jahres auslaufende Programm „Zukunft auf dem Land“ (ZAL) und die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ werden in Schleswig-Holstein ab 2007 durch das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ abgelöst. Wir werden die im September stattfindende NORLA dafür nutzen, das neue Programm der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich möchte mich hier auf einige knappe Kernaussagen und Erläuterungen beschränken.

Das neue Programm beinhaltet drei inhaltliche Schwerpunkte:

1. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft (neues AFP, Verarbeitung und Vermarktung)
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft (= Kulturlandschaftsprogramm, Zusammenfassung aller flächenhaften Fördermaßnahmen)

men): Hier liegt auf inhaltlicher und finanzieller Schwerpunkt beim Vertragsnaturschutz. Der Vorrang von Vereinbarungen vor dem Ordnungsrecht, das Mitnehmen der Menschen bei allen Belangen des Naturschutzes vor Ort ist mir – das habe ich immer betont – ein wichtiges politisches Anliegen. Das wird jetzt in dem neuen Programm auch eingelöst.

3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (Integrierte ländliche Entwicklung, Biomasse und Energie, investive Maßnahmen zur Umsetzung der WRRL)

Daneben gibt es noch einen weiteren methodischen Schwerpunkt, der für die Entwicklung ländlicher Räume von besonderer Bedeutung ist. Er beinhaltet die Umsetzung der so genannten LEADER-Strategie als Bottom-up-Verfahren. In Schleswig-Holstein haben wir – wie Sie wissen – in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit solchen Bottom-up-Verfahren gemacht. Ich erinnere an die zahlreichen Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE) und auch an die sechs LEADER-Regionen in der laufenden Förderperiode. Wir haben hier bundesweit eine Vorreiterrolle aufgebaut und deshalb beachtlichen wir auch, diesen vierten LEADER-Programmschwerpunkt flächendeckend in Schleswig-Holstein umsetzen.

TTT September 2006

Neue Kinder brauchen einen Namen. Möglichst einen, der nicht nur den Eltern gefällt und der – wenn es besonders gut gelingen soll – auch noch zum Kind passt. Die Initiative zur Umsetzung des LEADER-Ansatzes werden wir AktivRegion nennen. Dieser Titel passt gut zu dem, was wir beabsichtigen. Der Name ist Programm: wir wollen Regionen anstoßen – „aktivieren“ –, um ihre zukünftige Entwicklung zu gestalten. Und auch der Plural macht Sinn: die auszuwählenden AktivRegionen werden diesen Programmteil mit großer Selbstständigkeit umsetzen. Unser Ziel ist es, zirka 13 – 15 AktivRegionen im Land zu etablieren. Die Einwohnerzahlen der Regionen müssen zwischen 50.000 und 100.000 liegen. AktivRegion setzt bei den anfangs genannten Stärken der ländlichen Regionen an. Die Erfahrungen im Rahmen von LSE und LEADER+ werden dabei konsequent weiterentwickelt, um den bottom-up-Ansatz zu optimieren. Dies bedeutet noch

mehr Selbstverantwortung für die AktivRegionen, weil diese im Rahmen eines bereitgestellten Budgets über die Realisierung ihrer Projekte selbst entscheiden können. Wesentliches Ziel ist der Aufbau starker, selbst organisierter ländlicher Regionen. Die Akteure in den Regionen werden frühzeitig über die Rahmenbedingungen informiert und sollen möglichst große Spielräume erhalten, um das jeweilige kreative Potenzial einzusetzen und zu erschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins können durchaus selbstbewusst in die Zukunft schauen. Die Landesregierung wird engagiert dazu beitragen, deren Entwicklung als attraktive, vielgestaltige Regionen nach Kräften zu unterstützen und neue Impulse zu setzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

TTT September 2006

Adressenverzeichnis der Veranstalter

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Carlstr. 169
24537 Neumünster
Tel.: 043 21/90 71-50
Fax: 043 21/90 71-54
E-Mail: info@alr-sh.de
<http://www.alr-sh.de>

Hermann Ehlers Akademie
Gurlittstraße 3
24106 Kiel
Tel.: 04 31/38 92 23
Fax: 04 31/38 92 38
<http://www.hermann-ehlers.de>

Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein
Carlstr. 169
24537 Neumünster
Tel.: 043 21/9071-0
Fax: 043 21/90 71-32
E-Mail:
anmeldung@umweltakademie-sh.de
<http://www.umweltakademie-sh.de>

Natur- und LandschaftsführerInnen
Schleswig-Holstein e.V.
Veitchenweg 10
24340 Eckernförde
Tel.: 043 51/4 38 88
E-Mail: sh.naturland@freenet.de

Europa-Union Schleswig-Holstein/
Europäische Bewegung Schleswig-
Holstein
Faluner Weg 28
24109 Kiel
Tel.: 04 31/9 33 33
Fax: 04 31/9 21 65
E-Mail: info@europa-union-sh.de
<http://www.europa-union-sh.de>

Nordsee Akademie
Heimvolkshochschule Leck
Eine Einrichtung des Deutschen
Grenzvereins e.V.
Flensburger Str. 38
25917 Leck
Tel.: 046 62/87 05-0
Fax: 046 62/87 05-30
E-Mail: info@nordsee-akademie.de
<http://www.nordsee-akademie.de>

TTT September 2006

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Carlstraße 169
24537 Neumünster

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als persönliches/institutionelles*
Mitglied in die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Name Vorname Beruf

Privatanschrift:

Straße PLZ/Wohnort

Telefon/Fax E-Mail

Dienstanschrift:

Straße PLZ/Wohnort

Telefon/Fax E-Mail

Der Jahresbeitrag beträgt für Privatpersonen EURO 70,00
für Institutionen EURO 300,00

Wir bitten um Überweisung auf folgendes Konto:

Akademie für die Ländlichen Räume S.-H. e.V.
Sparkasse Eckernförde
BLZ 210 520 90, Konto Nr. 2 14 44

Ort, Datum Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen